

Dresdner Volkszeitung

Verlagskonto: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1908.

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Dringelohn mit den wöchentlichen Beilagen "Nach der Arbeit" und "Woll und Zeit" für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettendorferplatz 10. Telefon 25 261. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettendorferplatz 10. Telefon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Grundzeile: die 29 mm breite Kompaßzeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Reklamzeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf., Familienanzeigen, Stellen u. Kleingesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 36

Dresden, Donnerstag den 12. Februar 1925

36. Jahrg.

Zeugentwurf

Deutschnationale werben Zuchthäusler gegen Ebert

Die Deutschnationale die Vorbereitungen zum zweiten Magdeburger Prozeß treffen, ist jetzt enthüllt worden. Nachdem die Belastungszeugen des ersten Magdeburger Prozesses, die Syrig und Gobert, als vielfach vorbestrafte Rügner und Betrüger entlarvt worden sind, müssen sich die politischen Sintermänner für die Verurteilung nach neuen "Kronzeugen" umsehen, um den Verleumdungsfeldzug gegen den Reichspräsidenten weiterführen zu können. Aber in der Zeit der politischen Wende findet man schon Bravos, die bereit sind, für Geld jedes gewünschte Zeugnis abzugeben. Und an Geld hat es den deutschnationalen Kreisen, die auf diese vornehme Weise die Republik beseitigen wollen, noch nie gefehlt. Was spielen ein paar tausend Mark für eine Rolle, wenn man sich damit die Vorteile des alten Privilegienstaates wieder erkauft kann.

Ein Musterbeispiel, wie es gemacht wird, bildet eine Dokumentensammlung, die im Berliner Tageblatt über die Zeugengewinnung zum zweiten Magdeburger Prozeß veröffentlicht wird. Da wird festgestellt und durch Veröffentlichung von Dokumenten bewiesen, daß der deutschnationale Parteisekretär in Darmstadt, der aus dem ersten Magdeburger Prozeß bekannte Herr von Forstner, gemeinsam mit Rothardt, dem Angeklagten im Magdeburger Prozeß, dem Rechtsanwalt und Notar Hindewald und dem deutschvölkischen Agitator Thurn, einen Zuchthäusler, den im Kriege auch wegen Fahnenflucht bestrafte Herrn Fidor Kreil aus Kallmünz in Bayern, veranlassen wollte, für den bevorstehenden zweiten Prozeß eine Erklärung zu unterschreiben, wonach während des Krieges Ebert unter dem Namen "Ehrenberger" in Konstantz gewesen sei, und zwar in Begleitung ausländischer Offiziere, und die deutschen Mehrheitssozialisten für landesverräterische Dienste in Frankreich erhalten hätten.

Weiter wurde festgestellt, daß die deutschnationalen Persönlichkeiten, die im ersten Prozeß, unterstützt von dem Pfarrer Koch, schon die Kronzeugen Syrig und Gobert, einen Dieb und ein admtal wegen Betruges vorbestrafte Individuum, ins Treffen geführt hatten, jetzt den Zuchthäusler Fidor Kreil und einen angeblichen Argentinier namens Raab mit gefälschten Paß nach der Schweiz schickten, um dort "Beweise" zu holen, und daß diese Schweizer Reise mit der Verhaftung des Fidor Kreil wegen Fahnenflucht endete. Und schließlich wurde durch Veröffentlichung der betreffenden Briefe festgestellt, daß Herr Thurn eine von ihm verfaßte Erklärung — mit den falschen Angaben über den angeblichen, niemals stattgefundenen Aufenthalt Eberts in Konstantz und ähnlichen schönen Versicherungen — an den nun wieder hinter Schloß und Riegel sitzenden Zuchthäusler Fidor Kreil geschickt hat mit der dringlichen Aufforderung, sie unverändert zu unterschreiben, und daß es in einem Briefe vom 14. Januar heißt: "Ich versichere Sie, ich werde mich für Sie einsetzen. Ihnen wird nie etwas geschehen, im Gegenteil. Geholfen kann Ihnen auch werden. ... Sprach gesteuert noch mit jemand, der etwas zu sagen hat, es wird für Sie eingetretet."

Das Berliner Tageblatt hat an diese Feststellungen die Fragen geknüpft:

"Was sagt die Staatsanwaltschaft zu diesen Vorgängen? Woher stammen die Gelder, mit denen ein Mensch, wie Kreil, so reichlich ausgestattet, seine und seines Spießgesellen Reise nach der Schweiz finanziert wird? Und schließlich die politische Seite. Was sagen die Deutschnationalen zu ihrem Agitator in Augsburg? Was sagt die Deutschnationale Partei, die Regierungspartei, deren Minister der Reichspräsident oben ernannt hat, zu ihrem Darmstädter Parteisekretär? Wollen sie auch dies Spiel decken, wie auf gemeinsame Parole die deutschnationale Presse die Ehrenmänner Syrig und Gobert bis zur Demaskierung gebedt hat?"

Die deutschnationale Presse schweigt. Sie will diese Enthüllungen unterdrücken. Aber das wird nicht gelingen. Der Kauf von Subjekten zur Fällung republikanischer Politiker ist eine solche Schmach, die nicht länger gebuldet werden darf. Am bevorstehenden Prozeß wird für Brandmarkung der Schuldigen gesorgt werden.

Der Lump wollte "Ebert niederstehen"

SPD. Berlin, 12. Februar. (Fig. Rundfunk.) Die Berliner Tagwacht meldet über den deutschnationalen Kronzeugen Kreil, daß dieser Lump vor wenigen Wochen mit einem auf drei Tage laufenden und nur für den Grenzübertritt gültigen Paß unter falschem Namen nach Bern gekommen ist. Die Berner Polizei nahm ihn fest, ehe er in Tätigkeit treten konnte. Er hatte hier nach seinen eigenen Aussagen unter anderem auch den Auftrag, nach der Abreise von Professor Forstner, den bekannten Reichstagen, zu forschen, und bestimmte Parteigenossen über "Material" gegen Ebert auszufragen, obwohl er selbst nicht einmal die Namen der bekanntesten Berner Sozialdemokraten kannte. Er hatte sich ihre Adressen von einer Münchner Parteizentrale aufschreiben lassen. In Bern hat überhaupt kein Mensch begriffen, wie man einen derartigen Ignoranten mit so wichtigen Missionen betrauen könnte. Kreil räumte sich, daß er Ebert nicht persönlich würde, wenn er nicht im vorhergehenden Prozeß erwidert würde. Die eidgenössischen Behörden wissen ihn noch einige Wochen Untersuchungshaft über Kopf und.

Die neuen Steuern

SPD. Berlin, 12. Februar. (Fig. Rundfunk.) Die Reichsregierung hat dem Reichstag eine Reihe neuer Steuerergänzungen vorgelegt. Als wichtigstes Gesetz ist das Steuerüberleitungsgesetz zu betrachten. Es umfaßt die Bestimmungen zur Überleitung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer in das regelmäßige Veranlagungsverfahren. Außerdem sind überreicht worden die Entwürfe eines Einkommensteuergesetzes, eines Körperschaftsteuergesetzes, eines Gesetzes über Vermögens- und Wirtschaftsteuer, Reichsüberleitungsgesetzes. Es fehlen noch die Gesetze über Verleumdungen und über den Finanzausgleich. Aus dem Steuerüberleitungsgesetz geht hervor, daß für das Jahr 1924 eine regelmäßige Veranlagung nicht in Frage kommt. Sie soll erst nach Ablauf des Jahres 1925 erfolgen. Für das Jahr 1924 wird ein sogenanntes Ablegungsverfahren eingeführt. Es besteht darin, daß die Vorauszahlungen im allgemeinen als Ablegung der Einkommensteuer gelten und eine Veranlagung erliegen. Auf Grund besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse des einzelnen Steuerpflichtigen kann eine Ermäßigung oder eine Ermäßigung des Ablegungsbeitrages im Wege eines besonderen Steuerermäßigungsverfahrens durchgeführt werden.

Die Regelung der Vorauszahlung und Steuerabzüge im Jahre 1925 baut sich im wesentlichen auf die bisher geltenden Bestimmungen auf. Die Vorauszahlungen der freien Berufe haben insofern eine Ermäßigung erfahren, als nach Regierungsentwurf der Betrag ihrer Einkommen, der jährlich 8000 überschreitet, zunächst mit 15 Proz. versteuert wird, während die bisherigen Sätze von 20 Proz. erst für Einkommensbeträge Anwendung finden, die über 16000 M. jährlich hinausgehen. Eine ganz unwesentliche Erleichterung bringt der Regierungsentwurf bei der Lohnsteuer. Hier soll für das 4. und jedes folgende Kind der Steuerpflichtige bis zu 100 M. um je 2 Proz. gesenkt werden. Diese Ermäßigung bedeutet naturgemäß eine harte Bevorzugung der Lohnsteuerpflichtigen mit höheren Einkommen. Der sozialdemokratischen Forderung auf Erhöhung des steuerfreien Lohnbeitrages von 60 auf 100 M., hat der Regierungsentwurf nicht stattgegeben. Der Entwurf über das Einkommen- und Körperschaftsteuergesetz bringt eine weitgehende Ermäßigung der Steuerleistungen der Bescheiden. So wird der Tarif der Einkommensteuer, der vor der Weltentwertung nahezu 60 Prozent im Höchstfalle erreichte, bis auf 35 Proz. ermäßigt. Er sieht vor einen Steuerfuß von 10 Proz. bei einem Einkommen bis zu 8000 M. Bei einem jährlichen Einkommen von 8000 bis 16000 M. steigt der Steuerfuß auf 15 Proz., bei 16000 bis 24000 M. auf 20 Proz. usw. Die Einkommen über 24000 M. werden mit 35 Proz. versteuert. Der Entwurf über das Einkommen- und Körperschaftsteuergesetz enthält gleichzeitig Bestimmungen über den Steuerabzug vom Arbeitslohn und vom Kapitalertrag sowie über die Vorauszahlungen. In den

Bestimmungen über die Lohnsteuer ist nicht gesagt, wie die Verrechnung des vollen steuerfreien Lohnbeitrages bei Lohnausfällen, Erwerbslosigkeit, Krankheit, Kurzarbeit, Streik, Aussperrung und bei den Saisonarbeiten geschehen soll. Es scheint, als ob die Regierung auch über diesen sozialdemokratischen Antrag, der die Berücksichtigung dieser Verhältnisse unmittelbar bei dem Lohnsteuerabzug fordert, einfach hinweggehen will.

Noch ein Steuerergänzung

Die Rechtsparteien unternahmen gestern im Steuerausschuß des Reichstags auf Grund einer Anregung des Staatssekretär Popitz den Versuch, durch den Steuerausschuß beschließen zu lassen, daß für das Jahr 1925 nur die Hälfte der Vermögenssteuer erhoben werden, die andere Hälfte gestundet werden soll.

Diese wichtige Entscheidung sollte im Ausschuss nicht im Plenum vor der gesamten Öffentlichkeit unter der Hand getroffen werden. Der Versuch soll wiederholt werden. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Steuerausschusses haben daraufhin dem Vorsitzenden des Ausschusses, dem Abg. Dr. Oberfohren, folgenden Brief geschickt:

"Am Schluß der getrigen Sitzung des Steuerausschusses des Reichstages ist in Folge des von unserer Seite erhobenen Einspruches die Abgabe aufgegeben worden, den Ausschuss weiter mit dem Plan der Stundung der am 15. Februar fälligen Vermögenssteuer zu beauftragen. Sie selbst, geehrter Herr Kollege, stellen als Vorsitzender die Einbringung eines Initiationsgesetzentwurfes zur verfassungsmäßigen Bewilligung der von den Parteien der Rechten geäußerten Wünsche in Aussicht. Am gestrigen Tage ist die Einbringung zu einer Sitzung des Steuerausschusses am Freitag den 13. Februar zu, mit der Tagesordnung: 'Beschreibung der ersten Vorauszahlungsrate auf die Vermögenssteuer vom 15. Februar auf den 15. Mai 1925.'"

Der Ausschuss hat sich nach § 83 der Geschäftsordnung nur mit den ihm überwiesenen Gegenständen zu beschäftigen. Der auf der Tagesordnung stehende Gegenstand ist dem Ausschuss nicht überwiesen. Von den Bestimmungen der Geschäftsordnung kann nur abgewichen werden, wenn niemand widerspricht. Wir widersprechen hiermit der Beratung des für die Sitzung vom 13. Februar vorgesehenen Gegenstandes und ersuchen Sie, die Einberufung dieser Sitzung rückgängig zu machen."

Die Absicht, unter der Hand die Interessen des Befugten wahrzunehmen unter Verflümmung der Rechte des Reichstags, charakterisiert den Beschluß!

Brauenhaftes Grubenunglück

129 Opfer der Arbeit — 62 Tote geborgen — 67 hoffnungslos verschüttet

SPD. Essen, 12. Februar. (Fig. Rundfunk.) In der Zeche "Minister Stein", Schacht 3, ereignete sich am Mittwoch eine außerordentlich schwere Explosion. Die Strecken sowohl der dritten wie der zweiten und ersten Sohle sind durch Brüche gesperrt. Die gleich nach der Explosion eingeleiteten Rettungsmannschaften versuchten sich durch die Brüche zu arbeiten, um zu den hinter ihnen in zwei Reihen befindlichen Bergleuten zu kommen. Einzelne Bergarbeiter sind gleich nach der Explosion noch lebend zutage gebracht worden. Die Zahl der Toten hat 100 überschritten. Die Verände der Explosion ist noch nicht genau festgestellt. Die Rettungsarbeiten wurden dadurch erschwert, daß hinter den Brüchen infolge der völlig gesperrten Wetterzufuhr die Gase nicht genügend abziehen konnten.

SP. Dortmund, 12. Februar. (Fig. Rundfunk.) Bis Donnerstag 10 Uhr vormittags wurden auf der Zeche Minister Stein 36 Tote geborgen. Die Rettungsmannschaften von acht Zechen sind an den Bergungsarbeiten beteiligt. Weiter ist damit zu rechnen, daß sämtliche eingeschlossene 138 Knappen der Mittagssohle ein Opfer der Katastrophe geworden sind. Die Ursache des Unglücks ist auf giftige Gase zurückzuführen. Sie machen jeden Rettungsversuch unmöglich. Einzelne Rettungsmannschaften wurden durch die Gase betäubt. Bereits Dienstagabend sind an derselben Stelle, an der das Unglück passierte, kleinere Schlagwetter vorgekommen, die durch Funken einer Maschine zur Entzündung gebracht worden waren. Dasselbe soll am Mittwoch passiert sein. Doch nahm niemand an, daß dies zu einem solchen großen Unglück führen würde. Im allgemeinen gelten die Wetterführungen der Zeche Minister Stein als gut. Eine ungeheure Menschenmenge hatte sich sofort nach Bekanntwerden des Unglücks vor dem Zechentor eingefunden; die Stimmung unter der Menge war sehr erregt.

Brauenhafte Szenen

SPD. Dortmund, 12. Februar. (Fig. Rundfunk.) Die Bergungsarbeiten auf der Zeche Minister Stein, an demselben Mittagssohle, sind durch die Rettungsmannschaften und Sanitätskolonnen besetzt.

Ruhrkohlengebiets teilnehmen, können wegen giftiger Gasbildung nur unter allgrößter Schwierigkeit fortgesetzt werden. Nach Schätzung der Morgenkontrolle befinden sich noch 93 Knappen in der Grube. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß auch sie ein Opfer der Katastrophe geworden sind. Die Gesamtzahl der Opfer des Grubenunglücks dürfte sich demnach auf 129 belaufen. Man hofft, die 93 eingeschlossenen Knappen noch im Laufe des Tages zu bergen. Nur 8 Knappen der Mittagssohle, die sich zufällig vor der Bruchstelle befanden, konnten gerettet werden. Das Oberbergamt Dortmund hat eine Untersuchung eingeleitet.

Die Regierungsstellen haben der Zechenverwaltung ihr Beileid ausgedrückt. Der Materialschaden ist verhältnismäßig gering. Große Betriebsstörungen auf Minister Stein sind daher nicht zu erwarten. Die Stimmung der Menge ist ruhiger geworden. Die Erregung ist namenlosem Schmerz der Angehörigen der Opfer und tiefem Ernst der teilnehmenden Bevölkerung gewichen, besonders, weil vor dem Tode keinerlei Auskunft gegeben wurde. Es wurde vielfach versucht, mit Gewalt durch das Zechentor zu bringen, was aber durch das starke Aufgebot von Sipobeamten verhindert wurde. Von der Zechenverwaltung war strenge Anweisung gegeben, keinerlei Nachrichten über den Umfang des Unglücks und über die Namen der Toten an die Draußenstehenden bekanntzugeben, um die Erregung der Menge zu dämpfen. Doch war diese Maßnahme eine ganz verfehlte. Die Polizeikette mußte verstärkt werden, da die anwachsende Menge den Zechenplatz zu stürmen drohte. Vor dem Zechenplatz spielten sich herzerregende Szenen ab.

Die Bergung der Leichen

SPD. Dortmund, vorm. 11 Uhr. (Fig. Rundfunk.) Inzwischen gelang es, von den Opfern auf Grube Minister Stein 62 Tote zu bergen. Die Zechenverwaltung hat jede Hoffnung aufgegeben, den Rest der Besatzung nach Bergen zu lassen.

Tolles Treiben der Tscheka

Die kommunistische Geheimorganisation arbeitet mit Rubel, Revolver, Dum-Dum-Geschossen und Gift

Z. Leipzig, 11. Februar. (Sig. Drahtber.) Am zweiten Verhandlungstage wird im Tscheka-Prozess die Vernehmung des Hauptangeklagten Neumann fortgesetzt. Senatspräsident Niedner: „Was hatte das Revolutionärskomitee zu tun?“ Angeklagter Neumann: „Den bewaffneten Aufstand vorzubereiten und durchzuführen. Die Waffen sollten durch Ankauf beschafft werden. Ich selbst habe das Geld von der Russischen Postkast abgehoben.“ Niedner: „Sie sollen doch in der Zeit vom Oktober bis zum Eintritt der kommunistischen Partei in die tschechische Regierung 200.000 Dollar abgehoben haben?“ Neumann: „Ich selbst habe 25.000 Dollar von der Kasse der Russischen Postkast abgehoben und sie an Charpinter abgeliefert.“ Niedner: „Woher wissen Sie, daß Charpinter 15.000 Dollar erhalten haben soll?“ Neumann: „Das hat mir Kleine gesagt.“ Niedner: „Wer sind diejenigen, die den Waffenanfall und Verkauf bejorat haben?“ Neumann: „Wer den Verkauf bejorat hat, weiß ich nicht, den Anfall hatte ein gewisser Nikolaus Pfaß unter sich.“ Niedner: „Von wem sind die Quittungen ausgestellt worden?“ Neumann: „Von dem, dem ich das Geld gegeben habe.“ Niedner: „Sie sprachen davon, daß Sie beauftragt waren, Waffen zu beschaffen, auch Munition?“ Neumann: „Ja.“

In der weiteren Vernehmung spricht der Angeklagte ausführlich über eine Geheimorganisation Ende Oktober 1923 bei Dr. Klauer in Berlin, der Mitglied der SPD ist. „Es wurde dort ein Hand von Parteien über den Aufstand, den Marsch auf Berlin und die Umarmung der Kampfgruppen beraten. Ferner wurden von dem Revolutionärskomitee Regiments- und Bataillionsstäbe gebildet. Die Beratung dauerte bis 3 Uhr morgens.“ Niedner: „Wie kam der bewaffnete Aufstand in Hamburg zustande?“ Neumann: „In der Melandthorstraße in Berlin hatte Kleine nach seinem Wegzug aus Dresden sein Quartier aufgeschlagen. Kemelele ist dort erschienen und hat von Kleine den Befehl erhalten, den Aufstand einzuleiten. Später ist ein anderer Befehl hinterhergekommen, der Kleine aber nicht mehr erreichte, so daß der Aufstand seinen Anfang nahm.“ Neumann erwähnt ferner, daß nach seiner Rückkehr aus Dresden das Revolutionärskomitee aufgelöst worden sei. In dieser Sitzung haben Ruth Fischer und Brandler teilgenommen. Bei einer andern Sitzung in Mariendorf wirkte er als Sekretär der militärischen Abteilung. Niedner: „In dieser Zeit ist ein Rundschreiben erlassen worden: Die Taktik der Partei.“ Niedner überreicht das Rundschreiben dem Angeklagten zur Durchsicht. Niedner: „Wir wollen nun einmal auf die eigentliche „Tscheka“

zu sprechen kommen. Was heißt Tscheka?“ Neumann: „Tscheka ist die Bezeichnung einer Gruppe zur Verhinderung einer Gegenrevolution. Der Ausdruck Tscheka sei übrigens niemals angewendet worden, sondern man habe von Terrorgruppen oder von T-Gruppen gesprochen. Die Aufgabe dieser Organisation bestand nach den Angaben von Stoblenoff darin, die Parteimitglieder zu überwachen und besondere Feinde der SPD zu erledigen, das heißt, zu töten. Nach dem Verbot der kommunistischen Partei hat Goren ihm gesagt, sämtliche Personen, die der Partei feindlich gegenüberstünden, sowie Spione und Provokatoren, seien zu erledigen.“ Niedner: „Wie haben Sie das verstanden?“ Neumann: „In töten.“

Stoblenoff hat mir gesagt, als Mensch verwundet war, er wäre erst erledigt, wenn er tot wäre.“ Rechtsanwalt Wachner stellt an den Angeklagten Neumann die Frage, ob Goren der Stoblenoff sei, von dem er immer spricht. Neumann: „Ja, habe das an Hand eines Bildnisses festgestellt, welches mir vorgelegt wurde.“ Niedner (zum Angeklagten): „Ist eine Verwechslung möglich?“ Neumann: „Ja, hätte eine Verwechslung für ausgeschlossen, da ich ihn drei Wochen lang in einer Sitzung gesehen habe und ihn unter-
scheidet.“ Rechtsanwalt Wachner fragt den Angeklagten Neumann, wo er den Russen getroffen haben will. Neumann: „In der Poststraße in Berlin bei Antorf.“ Der Angeklagte antwortet jedoch, daß er nicht wisse, daß Goren je in seinem Zimmer gewesen sei. Neumann erwidert darauf, daß er ihn ganz bestimmt wiedererkenne.

Nach einer Pause wird in der Vernehmung des Hauptangeklagten Neumann fortgesetzt, welcher von Goren 5000 Dollar erhalten sollte, um

den General Seest zu erledigen. Er sagte u. a. mündlich: „Ich sollte ihn nicht nur verwunden, sondern auch töten; wir würden uns sonst blamieren. Später sollte ich nur 500 Dollar erhalten, wovon ich eine Tuppe zur Ausführung meines Auftrages bilden sollte. Ich mußte damals eine Verpflichtung eingehen durch Handschlag, dessen Wortlaut folgender war:

„Ich verpflichte mich bei meiner proletarischen Ehre, alle mir übertragenen Aufgaben auszuführen. Jede Verletzung der Ehre ist mit dem Tode zu büßen.“

Es wurde mir eine Frist von drei Monaten gewährt, welche aber später auf Verlangen des Hinters Hofes auf 15 Tage herabgesetzt wurde. In dieser Zeit sollte General von Seest erledigt sein. Mir gelang es aber nicht, innerhalb dieser Zeit die Aufgabe zu erledigen, da es mir an organisatorischen Mitteln fehlte. Später erklärte mir Brandler, daß sich die Angelegenheit Seest „erledigt“ hätte. Die Tuppe sollte allerdings bestehen bleiben. Ich bekam nun den Auftrag, den Industriellen Stinnes zu erledigen.“ Niedner: „Auf diesen Fall werden wir später eingehen.“ Bei der weiteren Vernehmung des Angeklagten kam es wiederholt zu erregten Auseinandersetzungen zwischen Verteidiger Dr. Sommer und Senatspräsident Niedner, der u. a. ein wichtiges Flugblatt verlesen wollte. Dr. Sommer beantragte, das Verlesensverbot nicht zu verletzen. Der Rechtsanwaltschaft widersprach ihm. Der Gerichtshof zog sich zur Beratung zurück und verkündete, daß das Verlesensverbot, das in der Wohnung des Reichstagsabgeordneten Stoblenoff gefunden wurde, verlesen wird.

Stoblenoff hat behauptet, das Verlesensverbot sei ihm von einem „Unbekannten“ zugestellt worden, wiewohl von einem Provokatoren. In dem Schriftstück wird dargelegt, man müsse nicht nur den Waffenterror, sondern auch den Individualterror propagieren, Handgranaten ausgeben usw. Neumann erklärt weiter, er habe früher längere Zeit den württembergischen Minister Volk beobachtet lassen, um ihn zu erledigen. Dann wurde ein weiteres Schriftstück verlesen, das Richtlinien für die ungeschickliche Weiterarbeit der offiziell verbotenen SPD enthält. Darin heißt es: „Spione und Provokatoren werden erledigt.“

Die Nachmittags-Sitzung beginnt mit der weiteren Vernehmung des Angeklagten Neumann, wobei dieser ausführlich über die Organisation, die Ermahnung der Tscheka sowie über die geplante Vernehmung von Dum-Dum-Geschossen berichtet. Neumann: „In meine Gruppe trat zunächst ein: Neus, Böge, Böhm, Deim, Marxes und Dalup, erst später König. Ich habe diese Mitglieder durch Handschlag nach Verlesen der Verpflichtungsformel verpflichtet. Die Gruppenmitglieder wurden mit falschen Wägen und Ausweisen durch die Postkasselle der Partei ausgestattet, die von einem gewissen Ernst geleitet wurde. Ich selbst hatte einen Ausweis auf den Namen Fiedler und einen schweizerischen Paß auf den Namen Schräge. Wir wurden ausgerüstet mit Pistolen und Munition.“

Die Geschosse wurden zu Dum-Dum-Geschossen abgefeuert. Ich hatte niemals die Absicht, mit den erhaltenen Pistolen oder den Dum-Dum-Geschossen jemand zu töten. Vorsitzender: Sie sollen auch in Erwägung gezogen haben, nicht nur mit Pistolen und Sprengstoffen zu arbeiten, sondern sogar mit Giften. — Neumann: Von der Gruppe aus ist kein derartiges Vorhaben gemacht worden. Wir ist von Gellmuth gefügt worden, daß er verstanden wollte, und mit allen Mitteln, mit Waffen, Sprengstoffen und mit Giften für unsere Tätigkeit auszurüsten. Ich habe mich darauf mit einer gewissen Bewei-

Scheller, („Lou“ oder „Eva“) in Verbindung gesetzt, und sie hat mir von einem Chemiker, zu dem sie in Beziehungen stand, Gläsern mit Ruhr- und Typhusbazillen

verschafft. — Niedner: Hatten Sie die Absicht, die Bazillen zu verwenden? Neumann: Nein. Der Vorstehende zeigt dem Angeklagten zwei Ampullen, in denen sich Bazillen befinden. Er verliest dann das Urachten des Bakteriologischen Instituts, wonach die Bazillen teilweise noch sehr gefährlich seien.

Neumann hat die Bazillen an einem Kaninchen ausprobiert, aber es trat keine Wirkung ein. Mitangeklagter Kreis behauptet, ein Kaninchen habe sie getrunken, sei aber nicht gestorben. Als der Verteidiger Rechtsanwalt Fiegler anbeutete, Neumann habe offenbar das Geld in die eigene Tasche gesteckt und statt Bazillen wer-
tloses Zeug angekauft, verneint sich Neumann gegen solche Vorwürfe. Er habe seine Parteistellung niemals mißbraucht.

Vorsitzender: Gellmuth hat nach ihrer Aussage doch angeordnet, daß mit allen Mitteln gearbeitet werden sollte. Hätten Sie diese Gifte gegen Menschen angewandt, wenn Ihnen der Befehl dazu erteilt worden wäre? Neumann: Ich hätte die Anwendung verhindert, indem ich den Auftrag einfach nicht ausgeführt hätte. Ich hätte bei einem bestimmten Befehl gesagt, ich müßte erst die Wirksamkeit des Giftes durch ein Experiment erproben, und dann hätte ich gesagt, das Gift habe sich nicht bewährt. Ich müßte natürlich das Material beschaffen, damit ich Gellmuth und den übrigen beweisen konnte, daß ich tatsächlich die Anordnungen der Gruppe befolgte.

Verteidiger Dr. Wolff: Es ist also niemals von der Partei ein Befehl zur Anwendung der Gifte in einem bestimmten Falle erteilt worden? Neumann: Das ist nicht geschehen. Nach festigen Zusammenhängen zwischen Vorsitzendem und Verteidigern über den Umfang der Anträge, wird die Verhandlung auf Freitag vertagt.

Der Freund Strefemanns

SPD. Herr „Spiri“-Weber, der Freund Strefemanns, entpuppt sich immer mehr als eine höchst bedenkliche Persönlichkeit, die schon in der Zeit, als Strefemann ihn in den Parteiparteiischen Klub einführte, recht viel auf dem Kerbholz hatte. So laufen auch jetzt längerer Zeit in Mittelhaden Erhebungen der Verbände gegen sein Treiben. Es handelt sich dabei um die Ausdehnung unfa-
rteicher Brandweinsteuerhinterziehungen. In Gemeinschaft mit großen und kleinen Brennermeistern hat Weber durch ein raffiniertes System die Heberwerbungsbeamten der Reichsfinanzverwaltung monatelang zu täuschen verstanden. Der Umfang der Hinterziehungen ist so groß, daß das Landesfinanzamt Baden jetzt sogar einen besonderen Untersuchungsausschuß zur Verfolgung der Angelegenheit bestellt hat. — Der Deutschen Volkspartei haben die hinterzogenen Gelder „Spiri“-Webers sehr gut gefallen. Sie hat sie gern genommen.

„Weitere Enthüllungen“ und — Strefemann

SPD. Berlin, 12. Februar. (Eigener Rundfunk.) Die Einseitigkeit in dem Verfahren gegen die Gebrüder Barman und den früheren Volksminister Höffe ergibt sich u. a. aus der Tatsache, daß die völkische Staatsanwaltschaft entweder nur einen bestimmten Teil ihrer fälschlichen Bundesgenossenschaft oder aber ausschließlich die Rechtspre-
se informiert. Am Mittwoch hat man in Wochit a. B. auf einmal an das Organ des Herrn Strefemann, die Zeit, gedacht. Sie weiß heute u. a. mitzufahren, daß von dem zuständigen Berliner Finanzamt eine Aktion eingeleitet worden sei, die ergeben soll, inwieweit sich Höffe, Lange-
hegermann, Bauer und der Berliner Volkspräsident der Steuerhinterziehung schuldig gemacht haben. Gegen

Nieder soll weiterhin ein Ermittlungsverfahren wegen Beschuldigung eingeleitet werden sein. Die Zeit bemerkt dazu: „Ob die Angelegenheit auf diesen Kreis beschränkt bleibt, ist noch sehr ungewiß, da von verschiedenen Seiten mit wei-
teren Enthüllungen gedroht wird, wenn die Leute,

Strefemann-Faust.

Der berühmte Sozialistischer Arbeiter ist feindselig durch Herrn Dr. Strefemann höchlichst in den Augen der Deutschen Volkspartei eingeschätzt worden, da man sich dessen nach der Vertagung der von Dr. Strefemann „Hagen für die Partei“ versprochen.



Welch ein Gespenst dracht' ich ins Haus! Schon sieht es wie ein Spritfaß aus.

die es angeht, es nicht vorzusehen sollten, von sich aus die Konsequenzen zu ziehen.“ Diese Warnung der Strefemannschen Zeit ist köstlich, wenn man an — Strefemann denkt! Sie sollte den letzten Satz, rot angestrichen, an — Strefemann schick!

Mary' erste Versuche

Der Sozialdemokratische Pressedienst meldet aus Berlin: Der neugewählte preussische Ministerpräsident Dr. Mary hat am Mittwoch mit allen maßgebenden Fraktionen des preussischen Landtages Verhandlungen über die Regierungsabstimmung geführt. Im Verlauf dieser Verhandlungen stellte er die Bildung einer „Voll-
gemeinschaft“, also einer Regierung von Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen, in den Vordergrund der Erörterungen. Es ist ganz selbstverständlich, daß sowohl die Deutschnationalen wie die Sozialdemokraten die Bildung eines Kabinetts im Sinne einer Volksgemeinschaft, wie sie Mary vorschwebt, nicht grundsätzlich ablehnen — aber praktisch. Immerhin kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die ersten Schritte des neuen Ministerpräsidenten nur formale Charakter tragen und aus tatsächlichen Gründen erfolglos, so daß es überflüssig ist, sich mit dem angeführten Problem näher zu befassen. Die sozialdemokratischen Vertreter verließen Dr. Mary im Verlauf ihrer Verhandlung u. a. auch auf den Wunsch unserer Fraktion, entsprechend ihrer Stärke, mindestens aber mit zwei Ministern an der Regierung beteiligt zu werden. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß sich das neue Kabinett entsprechend den vorher getroffenen Vereinbarungen in der Hauptstadt aus Zentrum und Demokraten unter Be-
teiligung der Sozialdemokratie zusammensetzen wird. Da inzwischen die Wirtschaftspartei beschlossen hat, eine Regierung der Weimarer Koalition nicht zu unterstützen, bleibt es abzuwarten, auf welche Art die Regierung Mary im Landtag eine Mehrheit findet.

Brandmarkung der deutschnationalen Brechkorruption

Deutscher Reichstag

21. Sitzung, Mittwoch, 11. Februar 1926
Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält zu einer Erläuterung das Wort

Abg. Dr. Wirth (Zentr.), der sich gegen Veröffentlichungen des Tag wendet, in denen der frühere Reichsminister Wirth mit den Geschäften der Firma Himmelsbach in Verbindung gebracht wird. Der Redner stellt fest, daß nach seinen Erkundigungen bei dem Berichtswortenden der Kamme Wirth über irgendwelche Beziehungen seiner Person zur Firma Himmelsbach während des ganzen Prozesses überhaupt nicht zur Sprache gekommen sind. (Stürmische Heiterkeit, Heil links und in der Mitte.) Trotz diesem Tatbestand habe der deutschnationale Tag seinen Namen vor der Öffentlichkeit gegert. Der Redner erklärt weiter, daß er in der jüngsten Zeit überhaupt kein öffentliches Amt bekleidet habe. Auch der jüngste Seherhebung einer kleinen Vereinstagung hätte das Inngehen der Verhandlungen des Tag durchzuführen können. (Lebhafte Zustimmung.) Nachdem vom Bericht diese Feststellung getroffen wurde, erklärte der Tag, daß mit dem Ausbruch „Reichsanwalt“ nicht Dr. Wirth, sondern der damalige Reichsanwalt Guno gemeint sei. (Heiterkeit.) Der Tag fügt dann hinzu, angeht der Tatsache, daß die geschäftlichen Beziehungen Wirths mit der Firma Himmelsbach bekannt seien, läge es nahe, ihn und nicht einen anderen Reichsanwalt als Quelle der Informationen der Firma Himmelsbach zu bezeichnen. (Stürmische Heiterkeit und große Erregung links und in der Mitte.) Das Verhalten des Tag müsse

als politische und moralische Korruption

bezeichnet werden, wie sie schlimmer nicht gedacht werden könne. (Zustimmung links und in der Mitte.) Der Redner stellt dann weiter fest, daß auch Guno mit der Sache nichts zu tun haben könne, da er zu jener Zeit ebenfalls schon aus dem Amte geschieden sei. (Geheutes stürmisches Heil, Heil!) Sein Nachfolger war Strefemann. Der Redner bezeichnet dann alle Vorwürfe, die über ein geschäftliches Zusammenarbeiten zwischen ihm und der Firma Himmelsbach erhoben worden seien, als unzureichend, ebenso die Behauptung über verwerfliche Beziehungen. Auf der rechten Seite die Käse zum politischen System zu werden. (Stürmische Zustimmung links und in der Mitte. Intrude rechts.)

Zu einer weiteren Erklärung erhält dann der frühere Reichswirtschaftsminister

Abg. Schmidt (Soz.)

das Wort. Der Redner geht ein auf Behauptungen der Deutschen Tageszeitung und des Tag im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit als Reichswirtschaftsminister. Er stellt fest, daß die Einfuhr eines größeren Quantums Futur durch die Firma Barman ohne sein Zutun erfolgte. Der Wirtschaftsminister habe selbstverständlich überhaupt keine Einfuhrgenehmigung geben können. Und den Akten ergebe sich auch nicht das geringste über eine persönliche Rücksprache mit Barman, aus der sich erkennen ließe, daß irgendwelche Voraussetzungen der Firma Barman eingetreten sei. Der Vorwurf der deutschnationalen Deutschen Tageszeitung sei

eine niederträchtige Lüge.

(Zustimmung links.) Die Behauptung der Deutschen Tageszeitung, daß ein Teil der Gewinne an dem Futurgeschäft in sozialdemo-

kratische Parteikassen geflossen sei, werde von der Staatsanwaltschaft nachzuweisen sein. Es werde sich herausstellen, daß hinter dieser Behauptung ein elender Verleumdungsstreich stehe. Der Redner stellt fest, daß die Deutsche Tageszeitung bereits seit mehreren Tagen im Besitz seiner Erklärung sei und trotzdem behauptet habe, daß er sich zu den Anschuldigungen bisher nicht geäußert habe. Ein solches Verfahren könne nur aus ganz verwerflichen Absichten hervorgehen. Der Redner stellt dann gegenüber Behauptungen des Tag fest, daß er nie an irgendwelchen Dingen, die Barman gegeben habe, teilgenommen habe. Er gehe seit 1888 dem Reichstag an, und wisse, daß im politischen Leben die Verdächtigungen oft sehr hoch gehen, aber eine solche Niederträchtigkeit der deutschnationalen Presse sei ihm noch nicht begegnet. (Lebhafte Zustimmung und Beifall links.)

Abg. Dr. Fried (National.) beantragt, daß als erster Punkt der Antrag der Staatsanwaltschaft auf Aufhebung der Immunität des Abg. Lange-Degermann auf die Tagesordnung gesetzt und erledigt wird. Es sei wertwürdig, daß eine Partei, deren Vertreter in so großen Worten auch gesprochen hat... (großer Lärm und stürmische Heiterkeit beim Zentrum.) — Präsident Ebbe teilt mit, daß bisher ein solcher Antrag von der Staatsanwaltschaft dem Reichstag nicht zugegangen sei. (Heil, Heil rechts.) — Der Abg. Fried (National.) verläßt die Rednertribüne unter lebhaften Applaus der Linken. Der Lärm dauert noch mehrere Minuten an.

In der Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums entwickelte Genosse Dr. David das landliche Siedlungsprogramm der Sozialdemokratie. An reichem Tatsachenmaterial zeigte er, daß bei einer Kultivierung unfruchtbarer Ländereien und Heideflächen so viel Boden fruchtbar gemacht werden könnte, wie wir durch den Friedensvertrag an Kulturboden verloren haben. Der Antrag unserer Volkswirtschaft lasse sich bei einer gesunden Siedlungspolitik um 3 bis 4 Milliarden jährlich steigern. Das sei ein nationales Werk im Gegensatz zu den nationalen Schrajen der Rechten.

Dann gab es eine heitere Vertiefung. Ein bürgerlicher Abgeordneter der Deutschnationalen namens Döler gab dem Hause den Beweis, daß man als deutschnationaler Abgeordneter nicht einmal das ABC politischen Wissens zu beherrschen braucht. Stürmisch war, wie der gute Mann lauter Forderungen aufstellte, gegen die seine eigene Partei in früheren Reichstagsperioden sich entschieden gemocht hat. Der Demokrat Himmelsbach führte den Beweis, daß die Deutschnationalen nachstehenden Grundanforderungen sind. — Genosse Judasz hielt zu den Redner: über das Fürsorgegesetz eine Rede, die bewies, daß es nicht nur soziales Gefühl für die Fürsorgebedürftigen hat sondern auch ein ihrer praktischen Tätigkeit in der Arbeiterwohlfahrt über ein gewaltiges Material verfügt. Sie vertrat den Standpunkt, daß

die Fürsorge Anstandslos dem Staat sei, und die Tendenz darin zu sehen habe, daß die private Fürsorge immer mehr von Staat und Gemeinde aufgelöst werde. Gegen Genosse Judasz polemisierte der Zentrumsdemokrat Franz Teufel. Sie tat es sachlich und in vornehmer Form, indem sie darauf hinwies, daß die Gegenläufe zwischen der sozialistischen Auffassung und der übrigen nicht zu überbrücken seien. Am Donnerstag wird die Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums fortgesetzt.

Weiterberatung im Barmat-Ausschuß

Der Barmat-Ausschuß des Preussischen Landtages nahm am Mittwoch seine Beratungen wieder auf. Einleitend gab Genosse Kuttner eine Erklärung ab, die sich gegen den kommunistischen Abgeordneten Stoll richtete. Dieser Herr hat den Genossen Kuttner in maßloser Weise verleumdet, ohne seine Behauptungen näher zu begründen. Das stellte Kuttner fest, und er fügte hinzu, daß es sich hier um den Versuch einer Charakterverleumdung ersten Ranges handele, wenn Stoll seine kategorische Erklärung über seine Behauptungen abgeben könne.

Es folgt die Vernehmung des Kriminalkommissars Bipo über seine Teilnahme an der Hausdurchsuchung bei Barmat (Klinghammer), Anfang November 1919; Kriminaloberinspektor Klinghammer trat an mich heran und sagte mir, Dr. Hall hätte ihm einen Auftrag, bei der Hausdurchsuchung zuzusehen. Wir fuhren hin und sagten, wir müßten eine Hausdurchsuchung vornehmen. Der amtierende Herr der Firma bot uns, einmal telefonieren zu dürfen. Das wurde ihm erlaubt. Wir legten mit der Durchsuchung. Da legte mir Herr Klinghammer ein Schreibstück vor, das mit 'Wissell' unterzeichnet war. Da kam der Abg. Heilmann — ich kannte ihn damals noch nicht — mit Herrn Klinghammer. Sie waren in ziemlich heftigen Streit geraten. Der Abg. Heilmann wünschte Auskunft, was wir da suchten und welchen Zweck wir verfolgten. Sie brachten eine Zeitung, die Sache löste sich aber bald wieder auf. Abg. Heilmann war dann ganz ruhig geworden und hat mich, der Durchsuchung des Hauses belohnen zu dürfen. Ich sagte: 'Sehr gern!' Am nächsten Morgen wurde ich sofort zum Ministerialdirektor Dr. Hall gerufen. Er telefonierte oder hatte gerade telefoniert mit dem Reichswirtschaftsminister oder dem Reichswirtschaftsministerium. Er sagte mir, der Reichswirtschaftsminister hätte ihn ersucht, die Akten in der Barmat-Sache ihm sofort zu übergeben. Ich hatte den Eindruck, daß ihm das nicht ganz angenehm sei, als ob er die Sache erst gern weiter gefordert hätte. Damit war meine Tätigkeit in der Sache beendet.

Der Antonnachfolger des Ministerialdirektors Hall, ein ehemaliger Oberverwaltungsgerichtsrat Schopf, wird dann über die Behandlung der Barmat-Akten im Landepolizeiamt vernommen. Im Zusammenhang mit der Sache über die umstrittenen Dinge nicht mehr zu sagen. Auch Klinghammer verweigert sich in Widersprüche. Es lautet ungenügend zu einem aufsehenerregenden Zwischenfall, als

Georg Davidsohn

Die Verhandlungen zur Vernehmung ausgerufen wird. Er erhebt zunächst Beschwerde gegen die Zusammenfassung des Ausschusses und spricht von Kuttner als einem Interessenvertreter der Barmats und Kuttner. Er werde dabei seine Aussagen mit allen Konsequenzen weglassen. Schließlich erklärt sich Davidsohn doch bereit, die Fragen des Vorsitzenden zu beantworten.

In der Nachmittags Sitzung verließ zunächst Abg. Stoll eine Erklärung, in der er behauptet, Kuttner habe als Vorwärts-Mitglied jahrelang die Interessen von Barmat und Klinghammer vertreten. Im Verlauf der Vernehmung muß der Vorsitzende Davidsohn darauf verzichten, daß es der Ausschuss mit Stoll, sondern mit Barmat zu tun habe. Kuttner macht schließlich ein Telegramm des Generalinspektors von Barmat und anderer holländischer Sozialisten, die sich gegen die Aussagen Davidsohns über Barmat verwahren und erklären, daß Davidsohn nach seiner Rückkehr aus Amsterdam eine unwahre Darstellung über diesen Mann gegeben habe. Davidsohn ist nun in der Lage, die Wichtigkeit dieses Telegramms zu betonen. Im weiteren Verlauf der Debatte legt der Abg. Stoll (Komm.) dem Antrag fünf einzelne Fragen vor:

1. Der Zeuge hat hier erklärt, daß Baumeister eine Spezialvernehmung an Berliner und andere Plätze veranlaßt hat, die sich besonders mit dem Barmat- und ähnlichen Skandalen beschäftigen. Welche diese Spezialvernehmung?

2. Sagte der Zeuge, daß Prominenten der SPD, darin verwickelt seien und es den Anschein habe, als seien sie bei Barmat beteiligt. Er sagte, daß sich das bis zu Herrn Ober hin aufziehe. Nennen Sie darüber etwas Konkretes?

3. Nennen Sie über die Vermeidung der 25 Prozent Barmat-Gewinn Barmats etwas? Es ist behauptet worden, daß nur diesen 25 Prozent regelmäßige Beträge an die Sozialdemokratische Partei fließen würden.

4. Sie sagten vorher, Kuttner habe Ihnen gesagt: Sie werden in meiner Richtung, wenn Sie vor Barmat warnen, können Sie die Angelegenheiten des Geschwades angehen?

5. Nennen Sie sagen wie sich die Lebenshaltung Barmats darstellt?

In seiner Antwort erklärt der Zeuge Davidsohn: Baumeister hat als hiesiger Korrespondent gearbeitet, um die im Vorworts gegen ihn gerichteten Angriffe darin zurückzuführen. Baumeister hat mir gesagt, daß die ganze SPD, an den Barmatischen Geschäften beteiligt sei, sondern hat immer nur von Betrieben gesprochen, von denen man sagen könnte, daß sie sogar am Umsatz beteiligt sind.

Die Angelegenheit mit der Butterhandelsvereinigung werden sich ja noch weiter vorfinden. Die deutschen Butterhändler haben sich sehr erregt darüber, daß sie, als von der Regierung mit der Butterbeschaffung für Deutschland beauftragt, nur 1 Prozent verdienen könnten und nur mit Butter handeln dürfen, während Herr Barmat als Ausländer diesen hemmenden Bestimmungen nicht unterworfen war; er handelte mit Lumpen usw. und hat meines

Wissens überhaupt nur einmal ein halbes Pfund Butter nach Deutschland gebracht, von dem man noch nicht einmal weiß, ob sie nicht für seinen Haushalt war. Die Beschlüsse der deutschen Butterhändler beim Minister Schmidt hatten jedenfalls keinen Erfolg. — Lieber die Zustände und Vorgänge auf Schwannenerwerder, dem Wohnung Barmats, habe ich von verschiedenen Seiten gehört, u. a. von Herrn Maximilian Harden. Harden hat sich dahin geäußert, daß es ein Skandal ist, wie sich die Dinge in Schwannenerwerder abspielten.

Abg. Deereberg (Dnat. Vp.): Ich Ihnen bekannt, daß 1919 an Reichsstellen erhebliche Mengen Butter geliefert worden sind, und daß von diesen Butterlieferungen eine Reihe sozialdemokratischer Herren Butter erhalten haben? — Davidsohn: Baumeister hat behauptet, daß es sich um Natural- und Geldlieferungen handele. Ich weiß das alles nur von Herrn Baumeister. (Geister!) — Dr. Deereberg (Dnat. Vp.): Wissen Sie, ob Reichsminister Wissell eine Einfuhrerlaubnis an Barmat gegeben hat? — Davidsohn: Ich weiß nur von einer Durchfuhrerlaubnis für Barmat. — Dr. Deereberg richtet an den Zeugen die weitere Frage, ob er aus eigener Wissenschaft ausgeben vermöge, ob irgendwelche geschäftliche Beziehungen zwischen Barmat und sozialdemokratischen Persönlichkeiten bestanden haben und welcher Art diese waren. — Davidsohn bemerkt dazu, daß er nur das wisse, was Herr Baumeister ihm unaufhörlich gesagt und geschrieben habe.

(Weiterkeit.) — Abg. Kuttner: Woher hat Herr Harden denn seine Kenntnis von den Vorgängen aus Schwannenerwerder gehabt? — Zeuge: Herr Harden wohnte ja den Herren bedeutend näher als ich, nämlich in der Kolonie Grünwald. — Vorsitzender: Hat Herr Harden Ihnen gesagt, daß er seine Wissenschaft aus eigener Anschauung habe? — Zeuge: Er hat es gesagt und auch in der 'Zukunft' geschrieben. — Abg. Lüdemann: Hat Herr Harden dem Zeugen den Namen Barmat genannt? — Zeuge: Das kann ich nicht mehr sagen, aber Harden war ja immer glänzend informiert. — Aus den Akten, die dem Vorsitzenden inzwischen überreicht worden sind, geht hervor, daß Barmat am 2. Januar 1923 nach Schwannenerwerder gekommen ist. — Der Zeuge Davidsohn wird darauf für heute entlassen.

Abg. Kaufhold (Dnat. Vp.) richtet an den Zeugen Heilmann verschiedene Fragen. Sind Sie wiederholt im Auswärtigen Amt für die Barmats tätig gewesen, vielleicht in Bahngesellschaften? — Abg. Heilmann: Einzelheiten sind mir nicht erinnerlich, aber ich habe ja bereits gesagt, daß ich den Barmats auf Wunsch verschiedentlich Empfehlungen gegeben habe. — Vorsitzender Dr. Seidig: In den Akten des Bureaus des Reichs-Präsidenten, die mir vorliegen, befindet sich eine Aktennotiz, in der es heißt: 'Herrn hat nach den Akten des Auswärtigen Amtes Abg. Heilmann sich verschiedentlich für Barmat verwendet.' — Zeuge Heilmann: Die Notiz wird wohl richtig sein und sich darauf beziehen, daß ich den Barmats in Bahngesellschaften Empfehlungen an das Auswärtige Amt erteilte. Im übrigen möchte ich nochmals erklären, daß ich nichts weiter gemeldet bin als ein persönlicher Freund Barmats. Ich wünsche nicht, daß dieser Beziehung etwas hinzugefügt wird. Von all den Gesellschaften, in denen ich Aufschluß hat, war ich niemals, weder direkt noch indirekt, einen Mitglied.

Abg. Bartels (Komm.): Der Zeuge Heilmann sprach von Empfehlungen Barmats für die Halle der Sozialdemokratischen Partei. Mit dem Zeugen bekannt, daß Barmat auch Zusendungen, und zwar bis zu einem Betrage von 60 000 M., dem Zentrum zur Verfügung gestellt hat? — Abg. Heilmann: Das halte ich für ausgeschlossen. Es wäre möglich, daß Barmat Herrn Dange-Hegermann einen Beitrag zur Verfügung gestellt hat, den dieser dann der Partei übergeben haben könnte.

Es wird beschlossen, gemäß der Anträge des Abg. Schwering den bisherigen Finanzminister Dr. v. Richter für Freitag als Zeugen zu laden. — Vorsitzender: Ferner ist die Ladung des Schriftführers Baumeister beantragt worden. (Zuruf: Harden!) Abg. Riedel (Dem.): Der Zeuge Davidsohn ist auf Antrag der politischen Freunde des Herrn Deereberg geladen worden. Herr Davidsohn sagt: Ich weiß nichts aus eigener Kenntnis, ich weiß das nur von Herrn Baumeister. — Der Antrag Deereberg auf Ladung Baumeisters wird angenommen, und der Ausschuss wendet sich nunmehr der Befragung

des Polizeipräsidenten Richter

zu. — Zeuge Polizeipräsident Richter: Ich habe den von mir bereits gemachten Aussagen über meine Beziehungen zu Herrn Julius Barmat und der Familie Barmat überhaupt nichts hinzuzufügen. Polizeipräsident Richter: Nach meiner Erinnerung habe ich zweimal Empfehlungen in Bahngesellschaften für Mitglieder der Familie Barmat gegeben. Eine Empfehlung war für Herrn David Barmat bestimmt und an das deutsche Konsulat in Wien gerichtet. In dieser Empfehlung kam zum Ausdruck, daß der deutsche Konsul in Wien in einer Bahngesellschaft Herrn David Barmat empfangen möchte. — Abg. Kaufhold (Dnat.): Der Zeuge Richter hat erklärt, er habe von Julius Barmat ein Darlehen bekommen und mit Zinsen zurückgezahlt. Hat der Zeuge sonst weitere nichts erhalten? — Zeuge Richter: Die finanziellen Beziehungen zwischen Barmat und mir waren nicht anders, wie sie unter Freunden üblich sind. Herr Barmat hat gelegentlich Verpflichtungen für mich übernommen, genau so gut, wie ich solche für ihn übernommen habe. Auf weiteres Vertrauen gibt der Zeuge zu, daß ihm Herr Barmat einmal 100 Stück Aktien der Demo überlassen hat. Nach seiner Erinnerung habe er später noch 50 Stück davon hinzugekauft. Welche Vergütung der Zeuge dafür gegeben hat, ist nicht mehr genau in seiner Erinnerung. — Abg. Bartels (Komm.): Haben Sie auch eine Reihe mit Herrn Barmat auf dessen Kosten nach Hol-

land gemacht und in Amsterdam in einem Hotel gemohnt, wo eine Zeit lang gefangen haben soll? Zeuge Richter: Ja, ich mit Barmat auf dessen Einladung in Amsterdam gewesen. — Abg. Dr. v. Waldhausen (Dnat.): Haben Sie einmal die Anordnung gegeben, daß alle Aktienstücke über Barmat Ihnen vorgelegt werden sollen und haben Sie dem zuständigen Deputierten dann diese Anzeigen entzogen? — Zeuge: Eine beartige Anweisung ist von mir niemals ergangen. — Damit ist die Vernehmung des Polizeipräsidenten Richter beendet. — Es wird dann noch in die Vernehmung seines Stellvertreters, des Polizeipräsidenten Moll, eingetreten, der hauptsächlich über den Geschäftsverkehr des Polizeipräsidenten mit dem Barmats ausfragt. Seine Erklärungen ergeben keine belästigenden Momente für Richter. — Weiterberatung: Donnerstag, den 12. Februar, 10 Uhr.

Keine Postentlastung kommunistischer Abgeordneter

Im Geschäftsausschuß des Reichstages wurden am Mittwoch nach längerer Aussprache die kommunistischen Entwürfe auf Postentlastung und Einstellung der gerichtlichen Verfahren gegen die kommunistischen Reichstagsabgeordneten Decker und Pfeiffer durch die bürgerliche Mehrheit gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Die beiden Abgeordneten bleiben also weiter in Haft.

Parteiangelegenheiten

Der Ruf nach dem Parteitag

Die Leipziger Volkszeitung beschäftigt sich mit dem gestern auch von uns zitierten Artikel der Wiener Arbeiterzeitung zum Barmat-Skandal und schreibt: 'Der Genosse Weiss erklärte in der Sitzung zum Berliner Parteitag, daß dieser ein einziges Bekenntnis zur Demokratie' gemessen sei. Dieses Bekenntnis zur Demokratie bedingt, daß die Partei in ihrer Gesamtheit unmittelbar zu all den Dingen Stellung nimmt, die in den letzten Wochen allüberall behauptet wurden, und wofür Arbeit schafft. Darum ist notwendig, daß unmittelbar die Vorbereitungen für die Einberufung eines außerordentlichen Parteitanzes getroffen werden. Wir hoffen, daß demnach der Parteivorstand die Initiative dazu ergreifen wird. Wir würden mit der Wiener Arbeiterzeitung auf tiefe Bedeutung durch einen Tausch von Seiten der diese einzige demokratische Lösung der aufgeworfenen Fragen ergötzen zu müssen. Dieser außerordentliche Parteitag wird sich insbesondere auch mit den Gebirgen der österreichischen Parteiorganisation hinsichtlich der Stellung von Aufsichtsräten und ähnlicher Stellen zu beschäftigen haben, um so durch den gemeinsamen Willen zur Befriedigung der besten sowie der internationalen Arbeiterbewegung ein unerschütterliches Verdienst erweisen.'

Ein Abtrünniger. Die gesamte bürgerliche Presse ohne Unterschied der Partei ist in der Lage, mitzutteilen, daß Dr. August Müller aus der Partei ausgetreten sei, weil die Partei ihm nicht schnell genug andere Parteigenossen ausgeschloßen habe! Müller beruft sich darauf, daß er seit seinem 20. Lebensjahre der Sozialdemokratie angehört habe, jetzt gerade es jedoch nicht mehr. Tatsächlich waren die Beziehungen August Müllers zur Sozialdemokratie seit Jahren mehr als lose. Wir erinnern daran, schreibt der Vorwärts, daß er bei der Gründung des Einheitsbundes DAZ, als dessen Mitredakteur tätig war, aber er seit langem hauptberuflicher Mitarbeiter bürgerlicher Blätter ist und mit der Partei fast keine Fühlung hatte. Daß er seinen Austritt der Welt wie ein Ereignis mitteilen läßt, zeugt von einer Selbstbescheidung, die in schroffem Widerspruch zu der Tatsache steht, daß er in einem Augenblicke die Partei verläßt, da die ganze Schamlosigkeit deutsch-nationaler Verleumdungen gegen sie gemißt wird.

Dresdner Richtzahlen

Die Dresdner Richtzahlen der Lebenshaltungskosten für Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung, Bekleidung berechnen sich laut Mitteilung des Statistischen Amtes der Stadt Dresden nach dem Preisstand vom 11. Februar 1925 (1913/14 = 100) auf 121,3, das sind 1,76 v. H. weniger als in der Vormonats- und 123,4 erreicht wurde. Ohne Einrechnung der Bekleidungskosten ist die Richtzahl seit der Vormonats- auf 117,9 oder um 1,9 v. H. gesunken.

Der Dollar 4,195

Table with exchange rates for various currencies: Amsterdam, Buenos Aires, Oslo, Copenhagen, Stockholm, Helsinki, Berlin, London, New York, Paris, Switzerland, Spain, Vienna, Budapest, Danzig. Columns show currency type and rates.

Dresdner Kalender

Theater am 13. Februar. Opernhaus: Auer Anrecht: Zur Feier des 25-jährigen Bühnenjubiläums Friedrich Schiller: Die Meisterlerner von Nürnberg. Vorspiel und 3. Aufzug (7). — Schauspielhaus: Anrechtstreibe B: Mein Freund Teddy (7 1/2). Volksbühne Nr. 1538 bis 1592. — Reutheater Schauspielhaus: Dramatische Brautnacht (7 1/2). — Reutheater: Grün Maria (7 1/2). — Neues Theater (Kaufmannshaus): Rabale und Liebe (7 1/2). Volksbühne Nr. 8281 bis 8300. — Central-Theater: Goliath, Fritz Maschke: Die Verlierer der Kleopatra (7 1/2). — Theater am Waldplatz: Hinfemann (8 1/4).

Schauspielhaus. Wegen Erkrankung von Erich Ponto wird auch Freitag (Anrechtstreibe B) das Lustspiel Mein Freund Teddy von André Rivoire und Lucien Weisberg gegeben.

Schauspielhaus. Deutscher Humor ist das Thema der neuen Morgenfeier, die Sonntag den 22. Februar (Frieding-Sonntag) stattfinden soll. Hans Rüdiger ist als Gast eingeladen worden. Im übrigen wirken wieder eine Reihe erster Mitglieder des Schauspielhaus, der Oper und der Kapelle mit, um auf musikalischer und dichterischer Gebiet eine Reihe besonders charakteristischer und heiterer Gruben deutschen Humors zu geben. Dr. Arthur Ohly begleitet am Freitag. — Das Lustspiel Mein Freund Teddy von Rivoire und Weisberg wird in der früheren Inszenierung unter der Spielleitung von Alexander Werth am Donnerstag wieder in den Spielplan aufgenommen. Von den damaligen Darstellern wirken noch Wehner, Müller, Alice Verben und Werth mit. Die übrigen Rollen sind neu besetzt.

Volksbühne. Sonntag den 15. Februar, vormittags 11 Uhr, findet in der Aula der Kreuzschule, Georgplatz 6, L. eine Morgenfeier statt. Sie ist der Babylonischen Dichtung gewidmet. Hermann Götter liest nach einleitenden Worten Stücke aus dem Gilgamesch-Epos. Diese Morgenfeier ist die zweite in der Reihe 'Aus alten Liedern der Völker'. Fortsetzung, die zum Eintritt berechtigten (mit Erläuterungen), in der Geschäftsstelle, Georgplatz 6, L. und am Sonntag. Preis für Mitglieder 10 Pf., für Nichtmitglieder 1 Pf.

Volksbühne. Das Volksbühnen-Schauspiel, Schwanenplan 14, L., wird von Montag den 16. Februar an nur geöffnet, soweit Arbeitsgemeinschaften dort stattfinden oder soweit eine genügende Anzahl von Mitgliedern der Volksbühne rechtzeitig, d. h. zwei Tage vorher, den Wunsch nach Benutzung des Volksbühnen-Schauspiels an die Geschäftsstelle richtet.

Leben • Wissen • Kunst

Besuch auf der Redaktion

Eines Tages trat ein Mann in die Redaktion des 'Arbeiter' ein. Einen Moment hatte er in der Hand, der zweite steckte im Mantel. Er wollte scheinlich seine blutunterlaufenen Augen und konnte den Redakteur sprechen.

Der Redakteur ist nicht hier, antwortete der Bureauchung. — Wo ist er denn? — Er ist zu einer Verabredung.

Der Junge sah den Fremden offen an. — Wo ist zu einer Verabredung? — Ach nein! Wer wird denn begraben? — Ein Mann, der noch hier war und den Redakteur sprechen wollte.

Der Besucher dachte ein Weilchen nach, dann nahm er den Mantel vom Tisch und ging.

Konzerte

Das 17. Sinfoniekonzert der Dresdner Volksbühne galt einem Sinfoniekonzert-Programm — eine Zusammenstellung, die dann nicht mehr bestimmt, wenn man bedenkt, daß sich mit Werken Richard Wagner heute ein ganzer Konzertabend nicht mehr bestreiten läßt. Es wird überal und dauernd auf dem Spielplan der Opernbühnen während der Saison dieses großen Musikdramatikers bedürfen nicht nur der Überführung durch den Konzertsaal. So war denn gestern die erste, die Erinnerung an Richard Wagners Lobfest (18. Febr. 1883) im Programm nicht glücklich ausfällt. Folgendes Liedes — noch dann ohne Solisten — ist da nun wirklich ein Heldengedicht das Vorkampfbild, da es doch so ganz der Auslösung durch das Thema entbehrt. Ein Auschnitt aus der Hölle — und doch wieder nur eine Teilreproduktion — wirkt gleichwohl am besten. Wie selbst — dem das 'allgemeine Gedächtnis' ist — können dabei Schander der Feigheit durch die Herzen. Denn die Hölle und seine Schär musizieren hier mit innerlicher Kraft, trotzdem, warum hat man nicht die Faustverleure aufgezogen? Warum nicht Gluck's 'Phigalien' mit dem von des Reiches Rand besorgten Schluß? Im letzten Programmteil kam aber Schwanenplan zu Worte. Dem vor zwei Monaten dahingegangenen Klaviervirtuosen und

Komponisten von Welt. Sein B-Moll-Klavierkonzert hat sich durch Jahrzehnte unbestritten und frisch erhalten. Ja, der letzte Satz dieses Werkes, dem ich gern öfter bezeugen möchte, gehört zum Schönsten der Klavierliteratur. Seit ahnlich, oft von den Geigen angestimmt, gelangweiltes Thema bringt beglückend den Ohr, wie nur selten eine Melodie. Den Solopart des Konzerts spielte Walter Beget. Von ihm wissen wir, daß er einer unserer besten, musikalisch tüchtigsten Pianisten ist. Aber als Interpret des Schwarzen-Konzertes hat er uns noch übertrifft. Sein wunderbares, heute wohl kaum überholbares Legatissimo, das strahlende und die beschwingende Kraft seines Anschlag, die sinnvolle Aufführung geistigen Musikwerkes. Lieben den Vortrag des Konzertes als etwas Ungewöhnliches erscheinen. Die Zuhörer verspürten das und überschütteten Walter Beget mit Beifall.

Klavierabend Schauspiel-Vonini. Der hier wie überall häufig angenommenen Pianist Schauspiel-Vonini brachte in seinem zweiten Konzert u. a. Resuetten von Roland Boquet, von denen die einjährige vierte Sonate am meisten fesselte. Sie ist orchesterhaft gehalten, d. h. es muß die Akkordfähigkeit des Klaviers sehr stark aus, was klassische Klavierkompositionen nie tun. Das Werk ist leidenschaftlich bewegt und reißt mit. Die anderen kleinen Sachen von Boquet sind 'Salonstücke', stellenweise sogar recht edel!

Der vierte der sechs Kron-Abende Neue Musik, der unter Mitwirkung erster Instrumentalisten: Fritz Müller (Violine), Fritz Sanda (Violine), Rudolf Schöne (Violine), Georg Seifert (Violine), Bernhard Günther (Cello) im schlicht besetzten Künstlerhaus stattfand, war infolge des maßvolleren Charakters der aufgeführten Werke gewissermaßen am meisten andere. Neben dem Quintett von Korngold, das die ganze leidenschaftliche Sprache des Komponisten der 'Toten Stadt' spricht, neben Debussy und Milhaud hätte man eine klassisch-able, nur durch die reiche Rhythmus der Moderne noch lebendiger gemachte Strauss-Sonate von Arnold Busch, in der Selbst sein prächtigen Sinfonien so recht einfließen. Ferner kam noch eine Kammer-Suite, op. 13, des Dresdners Herbert Kravitz zu sehr erfolgreicher Aufführung, ein Werk, das man nicht zu den ausgefallenen Stücken der expressionistischen Experimentiererei rechnen wird. Von dem über lebenswichtigen Schöpfen des Klaviers 'ausgelassen' Passagen über das Anfangsstadium über den Adagio, die zwei Scherzo-Sätze, von denen der eine etwas matt und wirres erscheint, bis zum Festen Schlußsatz findet das Ganze von einem bewegten Innenleben, von dramatischem Aufbau.

Ufa-Palast

„Victoria-Theater“



U. T.-Lichtspiele

(Ufa-Konzern)

Alimente
Geschiedene Frauen

Dramatisches Lebensbild aus amerikanischen Gesellschaftskreisen in 6 Akten

In der Hauptrolle:

Grace Darmond Die amerikanische Filmkönigin

Sid auf Urlaub

Neueste Grotoske in 2 Akten

Täglich 4, 7, 9 Uhr

Jackie Coogan
Der Boy von Flandern

Ferner:

Chaplin will zum Film

Grotoske mit Charlie Chaplin in der Hauptrolle.

Jugendliche haben Zutritt!

Täglich 4, 7, 9 Uhr

Im Hintergründchen ist die Waul- und Schlauch-
Leuchte erloschen. Die Befestigung vom 31. De-
zember 1934 wird hiermit aufgehoben.
Dresden, am 12. Februar 1935.
P. L. 1591. Die Wartbaubeamtenschaft.

Gesangverein „Vorwärts“, Dr.-Leuben

Männer- u. Frauenchor
Sonnabend, 14. Februar, im Fespalast Dr.-Leuben
Großes Karneval-Konzert
Sinführung: Schöberg Orchester (30 Musiker)
Leitung: Musikdirektor G. Schöberg

Großer Faschingsball

ausgeführt von der gesamten Kapelle
Sinfonia: 7 1/2 Uhr Sinfonia: 9 1/2 Uhr
Eintritt: 60 Pf.

Turnverein Saxonia, Weißig b. Freital

Waren-Lotterie
Stehtaus bestimmt am 22. Februar, nachm.
2 Uhr im Meiers Gasthof.
Stelle sind bis Ende des 31. Februar abzurufen.
5110. Lotterie-Kaufhaus.

Billiger Sonder-Verkauf!

Schürzen

Wischen-Kauswahl
Anaben: von 55 an
Mädchen: von 55 an
Wirtschafts-, Water, Indigo, u. 95 an
Wischer, Wasser, Indigo, u. 95 an
Wischer, Water, Indigo, u. 1.75 an
Zerzierer: u. 1.75 an
Schürzer: u. 1.25 an

Wäsche und Schürzen-Kühn

Schiffstraße 33, Wied Rothau.

Sonderangebot

zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen

Bettwäsche

Bettbezug a stark Nessel od. Wäsche-
stoff, weiß, fertig genäht, M.
aus Linon, sehr haltbar,
fertig genäht, M. 5.90
Bettbezug Damast od. Stangenlein, L. Preise
ganz bedeutend herabgesetzt
Bettbezug, hest. M. 6.50
Inlett-Deckbett-Bezüge M. 8.-

Leibwäsche

Taghemden von M. 1.00 an
Untertaillen von M. .85 an
Prinzebröcke von M. 2.00 an
Hemdosen von M. 2.75 an
Nachthemden von M. 2.85 an

Ferner gelangen zum Verkauf: Große Posten

Wirtschafts-Schürzen von M. .95 an
Kinder-Schürzen von M. .55 an
Frauen-Schürzen-Unterröcke u. Hosen v. M. 2.00 an
Frauen- u. Männer-Schürzen-Hemden v. M. 2.50 an
Normal-Hemden von M. 1.25 an
Normal-Hemden von M. 2.10 an
Betttücher von M. 2.25 an
Kinderhemden von M. .55 an
Flanellhemden von M. 1.75 an
Handtücher von M. .40 an
Reste in Hemdenstoff, Linon, Damast u. Stangen-
lein, sowie buntkerierte Bettbezüge

Strickwesten

für Kinder, Damen
und Herren von M. 7.- an
Niemand verläumt diese günstige Gelegenheit zu
benutzen und den späteren Bedarf schon jetzt
zu decken.
Dresdner Damenkonfektion G. m.
b. H.
19 Pillnitzer-Straße 19

DM V DEUTSCHER METALLARBEITER VERBAND DM V

Branche der Former u. Gießereiarbeiter.
Freitag den 12. Februar, abends 6 Uhr, findet im Volkshaus, großer
Saal, eine Branchenversammlung für alle freigewerk-
schaftlich organisierten Former und Gießereiarbeiter
statt. Tagesordnung: Bericht über die Verhandlungen über die Beih-
aufträge 2. Antrag: Gehalt.
Quittungen und abgerechnete Urkunden in Pflicht. Mitgliedsbuch
legitimiert. Die Ortsverwaltung.

Burschen u. Mädchen

die Eltern die Schule verlassen, finden Unterkommen in guten,
landwirtschaftlichen Stellen

Fachabteilung für die Landwirtschaft

beim Deffentl. Arbeitsnachweis Dresden u. Umg.
Marienstraße 17. Fernruf 25881. 15 274

12. sächs. Landeswohlfahrts-
Geldlotterie

Ziehung bestimmt am 20. und 21. Februar 1935
Gewinnliste im Betrage von
52 000 Reichsmark
hierunter Gewinne zu
10 000 Reichsmark
5 000 "
4 000 "
2 000 " usw.
Jedes Los nur 1 Reichsmark Gewinnliste einschließlich
Porto 15 Pf.
Lose sind bei den Staatslotterie-Einnahmern und allen durch Plakate kenntlichen
Geschäften sowie beim Hauptvertrieb, Invalidendank für Sachsen, Dresden, Johanni-
straße 8, zu haben.

Tüchtige Glasformen-Dreher

Erzinsbau
Wohnung: nahe Sophienpark, 3 Räume, Wasser,
elektr. Beleuchtung, nicht frei, Preis: 3000
Mark, für 3000 Mark zu verkaufen. Bei
Offerten erb. u. F. R. 673, Invalidendank. 100

Schlusstage: Freitag u. Sonnabend

„Aussteuer-Verkaufs!“

Hervorragend billig:

- Leinen-Kleider, imit., weiß verziert, 95 bis 120 cm lang, 3.80, 3.50, 3.20, 2.90
Musselin-Kleider, entzückend gearbeitet, 5.90
Strassen-Kleider, Kammgarn-Cheviot, reine Wolle, 7.90
Kammgarn-Kleider, moderne Streifen, reine Wolle, 19.80
Wasch-Unterröcke, mit Volant, prima Stoffe, 1.95
Satin-Unterröcke in allen Farben, 3.50
Unterkleider, Seidentrikot, alle Farben, 5.00, 4.90
Schlupfhosen, Seidentrikot, in vielen Farben, 4.25, 3.90
Normal-Hemden für Herren, wollgemischt, 3.15
Normal-Hosen für Herren, alle Größen, 2.90
Nachthemden für Damen, entzückend gearbeitet, 3.95, 3.45
Prinze-Röcke, schöne Stoffe, hübsch garniert, 3.00, 2.75
Untertaillen, hervorragend schöne Stickereien, prima Stoffe, 95 Pf.
Taschentücher für Herren, Linon, weiß und mit farbigen Kanten, 25 Pf.
Taschentücher, bunt, imitiert Leinen, richtige Größe, 28 Pf.
Helvetia-Seide, wundervolle Farben, zirka 80 cm breit, 2.85
Roh-Seide, prima, zirka 80 cm breit, 3.70
Eolienne, in allen modernen Kleiderfarben, 6.90, 4.90
Kleider-Frotté, bildschöne neue Muster, 1.95, 1.45
Voll-Voile, prima Schweizer Ware, alle Farben, zirka 110 cm breit, 1.95
Gabardine, prima Kostümware, alle Farben, zirka 130 cm breit, 6.90, 5.90
Kinder-Schotten, wundervolle neue Farben, 1.85
Manchester für Sportbekleidung, prima, zirka 70 cm breit, 2.95
Fröttierhandtücher, richtige Größe, 1.80, 1.15
Handtücher, rein Leinen, grau gestreift, 46x100 cm, 88 Pf.
Inlett, 130 cm breit, Bettbreite, gestreift, 2.95
Körperbarchent, weiß, 80 cm breit, schwere Ware, 85 Pf.
Bett-Nessel, 140 cm breit, prima Ware, 1.95
Madras-Garnituren, 3 teilig, Fenster 9.00, 7.90
Künstler-Gardinen, 3 teilig, Fenster 6.75, 5.90, 4.90

Bett-Garnituren bestehend aus 2 Bezügen und 4 Kissen, 19.80
2 davon reizend bestickt, 24.50, 22.50, 19.80

Kaufhaus Borinski G. m. Wilsdruffer
b. H., Str. 32 u. 34

Der Vorstoß gegen die Disziplinargerichte

Von Oskar Edel, M. d. L.

Die Aufmerksamkeit der gesamten sächsischen Bevölkerung, wie der Parteigenossenschaft im besonderen, muß stärker, als es bisher schon geschehen ist, auf den reaktionären Vorstoß gegen die Disziplinargerichtsbarkeit in Sachsen hingelenkt werden. Wie im allgemeinen die Versuche, die Gesetzgebung abzuweichen von dem Stand der Volksgemeinschaft zurückzuführen, nur dadurch abgewehrt werden können, daß aus den Kreisen der Bevölkerung selbst die Gegenbewegung erwacht wird, so kann auch in dem Falle der Disziplinargerichtsbarkeit nur dadurch der Gegenrevolution verhindert werden, daß sich die Bevölkerung abwehrkräftig schließt und interessiert zeigt.

Die Demokraten — ausgerechnet sei — haben bekanntlich einen Antrag im Landtag eingebracht, der in diesen Tagen den Rechtsausschuß passiert und über den dann das Plenum endgültig beschließen muß, die sächsischen Disziplinarämter und den Disziplinarhof zu ändern. Disziplinarämter und Disziplinarhof, so werden vielleicht manche Parteigenossen fragen, was geht es uns an? Diese Frage wäre psychologisch verständlich, nichtdestoweniger aber die darin zum Ausdruck kommende Meinung falsch und gefährlich. Der Antrag der Demokraten erfordert deshalb allgemeine Aufmerksamkeit, weil er nicht nur enge materielle Interessen der Beamten berührt, so sehr auch dieser Punkt Bedeutungswort ist, sondern weil er Fragen betrifft, die alle Republikaner angehen. Alle Republikaner sind aufs tiefste berührt, wenn es sich darum handelt, ob es gelteht sein soll, das Fundament der Republik immer brüchiger zu machen, und zum andern, ob in der Republik eine persönliche Höflichkeit gegenüber niedrigen Republikanern vorkommen darf. Das beides in Frage kommt, wieviel, wenn ein Beamter noch nötig gewesen wäre, die Verhandlungen des sächsischen Landtags. Dr. Dehne, der Begründer der beantragten Änderung, sprach es mit aller Würdenschwermut deutlich aus, daß ein Fortschritt der Zeiger-Periode rückwärts residieren würde. Aber der Standpunkt Dehnes, der sich zwar Demokrat nennt, in Wirklichkeit aber sehr weit rechts steht, kann nicht der Standpunkt derer sein, die sich jederzeit verantwortungsbewußt für die Erhaltung und den Ausbau der Republik eingesetzt haben.

Es war eine dringende Notwendigkeit, daß durch das Gesetz über die Rechte und Pflichten der Beamten im Jahre 1923 das Dienstrecht der Beamten in klarer Weise repräsentativ umgestaltet wurde. Jeder Republikaner konnte der Begründung dieses Gesetzes nur freudig zustimmen. Die Stellung der Regierung vor damals die neue Staatsform muß in der Beamtenenschaft eine Stütze finden. Darum wurden Bestimmungen gegenüber denjenigen Personen getroffen, die ihre amtliche Stellung zur Bekämpfung der neuen Staatsform mißbrauchen. Aus diesem Grunde wurden auch im Jahre 1923 die Disziplinarämter und der Disziplinarhof umgestaltet. Bis zu diesem Zeitpunkt wirkten ja noch in Sachsen Richter, die vom früheren König ernannt worden waren. Und wenn auch der „Demokrat“ Dr. Dehne im Landtage ausrief, daß er zu diesen Leuten Vertrauen gehabt habe, Republikaner konnten nach den vorliegenden Erfahrungen zu diesem Urteile nicht gelangen. Das damalige sozialistische Kabinett berief denn auch mit vollem Rechte neue Disziplinarrichter. Nicht nur Sozialisten, wohl aber Republikaner wurden verpflichtet, und zwar auf Vorschlag der maßgebenden Beamtenorganisationen. Damit war für den neuen Staat auf einem wichtigen Gebiete eine gewisse Rechtsicherheit geschaffen. Der republikanische Beamte wußte, daß er künftig nicht anders als der Monarchist im Falle disziplinarischer Verfehlungen behandelt werden würde. Reaktionäre Beamten wußten, daß sie keinen Vorzug mehr genießen und daß schon sie sich vorzusetzen werden, wenn es auch immer von der Regierung abhängt, ob sie reaktionäre Beamten verhaften oder ignorieren will. Das ist der große Vorzug, den reaktionäre Beamte auch jetzt noch genießen.

Seit der Änderung des Jahres 1923 hatte man bisher keine Klagen über die Rechtsprechung der Disziplinargerichte gehört. Der Disziplinarhof hat überhaupt nur eine ganz geringe Spruchpraxis hinter sich, und das allein schon spricht dafür, daß auch nach Meinung der gegenwärtigen Regierung die Spruchpraxis der Disziplinarämter nicht ansehbar ist. Aber da fällt eine Disziplinarfammer ein Urteil, das die ganze reaktionäre Meute in Gattisch wachte. Diese Kammer hatte sich geweigert, zugunsten der Reaktion das Recht zu beugen. Der sozialistische Führer Kratz wurde nach diesfälligen Verhandlungen und nach der Vernehmung einer großen Anzahl Zeugen freigesprochen. Der Freispruch war bedingt durch die objektiven Feststellungen des Gerichts. Zwar hatte die Reaktion in Broschüren und Zeitungsartikeln, in denen gestöhntes Affensmaterial in widerrechtlicher Weise einseitig vertortelt worden war, das Urteil gegen Kratz schon vorweg genommen und eine beispiellose Hetze getrieben. Aber diese Hetze hatte ertragslos das Gericht zu einer Vorwegnahme des Urteils nicht veranlaßt. Jetzt erlebte man das Schauspiel, daß dieselben Herrschaften, die einst jeden Zweifel in die Feststellungen eines Gerichts als bedauerlichen Eingriff in die angeblich so geübte und unanfechtbare Autokratie abtun, auf einmal erklären, sie zweifeln nicht nur die Objektivität der Disziplinarrichter an, und unterstellen ihnen, daß sie ihrem Eide zuwider das Recht gehängt hätten, sondern man hört auch die Behauptung, die 1923 erkannten

Richter hätten keinen Sinn für Gerechtigkeit, wie es z. B. Dr. Dehne ja geschmacklos im Landtage ausdrückte. Es ist so, wie Genosse Liebmann es im Landtage ausführte, daß die Absicht besteht, die Niederlage, die sich die Reaktion im Falle Kratz geholt hat, auszugleichen durch eine Umwandlung der gesetzlichen Bestimmungen überhaupt.

Man stelle sich die Konsequenzen vor: Jede Rechtsgarantie wird völlig untergraben, wenn sich jeder sagen muß, die jeweilige Regierung wird beliebig die Instanzen, die der Rechtsprechung in Anspruch nehmen will, wenn es ihr gerade so paßt, ändern, sofern die Instanzen einen der Regierung unangenehmen Spruch fällen. Es vermag dabei wohl nachstehend nicht, daß von reaktionärer Seite in diesem Zusammenhang auf die Änderung von 1923 verwiesen werden. Denn das wäre nichts als Demagogie. Wenn ein Vorwurf gegen die frühere Regierung erhoben werden könnte, so könnte es nur der sein, daß die Bestimmungen nicht früher geändert worden sind.

Der demokratische Gesetzesentwurf verletzt die Rechte der Beamten schwer. Seine überhäufte Einbringung zeigt sich schon daran, daß Einzelheiten des Entwurfs auch dem Standpunkt der Antragsteller aus völlig unüberlegter Eitelkeit erscheinen. Über das Besondere sind die politischen Gesichtspunkte, die der unerhörte Versuch, einen unangenehmen Rechtspruch dadurch zu korrigieren, daß der politisch mißliebige Beamte in zweiter Instanz vor ein Richterkollegium gestellt wird, das inzwischen den reaktionären Wünschen entsprechend gestaltet werden soll. Der Mißbrauch der Gesetzgebung fordert zum härtesten Protest heraus. Man wird hoffentlich nicht annehmen brauchen, daß ein Brutaler Gewaltstreich, der sich so offen als solcher charakterisiert, im Landtage eine Mehrheit findet.

Sachsen

Aus den Landtagsausschüssen

Der Haushaltsausschuß A genehmigte in seiner gestrigen Mittwochsitzung Kapitel 110 des Haushaltsplans auf das Rechnungsjahr 1924, Rücklage betreffend.

Der Haushaltsausschuß B beschäftigte sich in kommissarischer Beratung mit der Rahmregelung des Vertriebsrates beim staatlichen Steinkohlhandel. Die Wiederherstellung des Vertriebsrates beim Braunkohlhandel, die Erhöhung der Regierungsbörse über die Erweiterung des Kalkwertes, über die wie schon gestern berichtet haben. Die Beschlußfassung über alle drei Punkte wurde bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt und die Regierung beauftragt, weiteres Material vorzulegen.

Der Rechtsausschuß beschäftigte sich weiter mit dem Landratswahlgesetz mit Wahlgesetz sowie mit den Umverteilungsträgen und schließlich auch mit den kommunikativen Anträgen betreffend Entzerrung der Dipeo aus Limbach und dem Ueberfall auf kommunalistische Versammlungsteilnehmer in Leipzig. Der Rechtsausschuß wird morgen gemeinsam mit dem Haushaltsausschuß tagen.

Bildungsarbeit im Bezirk Ostfachsen

Der Bezirks-Bildungsausschuß der SPD, Ostfachsen, hat für die nächsten Wochen und Monate ein umfangreiches Arbeitsprogramm festgelegt. Es war selbstverständlich noch nicht möglich, bei dem kurzen Bestehen des Bezirks-Bildungsausschusses, nun bis in alle Ortsgruppen mit der Bildungsarbeit einzubringen. Aber für den Anfang muß die begonnene Arbeit als vielversprechend bezeichnet werden. Sind doch in den verschiedenen Orten Ostfachsens 20 Bildungskurse festgelegt.

So finden Kurse des Genossen K. Herre über: Die Entwicklung der Gesellschaft in vier Orten (Gohmannsdorf, Peidenau, Königstein, Schmiedberg) statt. Genosse H. Freund über Staat und Marxismus in vier Kurzen in Reichen, Böbau, Pausen und Pirna; Genosse Graf Wedel behandelt die Reichsregierung vom sozialistischen Standpunkt in einem Kurzen in Reichenberg, Vogtland. Grundfragen des Marxismus erörtert in fünf Kurzen Genosse Paul Hennig in Gohmannsdorf, Schmiedberg, Reichenberg und Arnsdorf. Genosse Kratz unterrichtet über J. G. Richter in einem Kurzen in Habsdorf. Die sozialen Strömungen der europäischen Kulturgeschichte legt Genosse Robert Gröblich in einem Kurzen in Gittersee dar. Genosse Edel behandelt Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung in einem Kurzen in Habsdorf und Genosse W. Schumann ebenda: Die proletarischen Gedanken in der neueren Dichtung. Im März beginnt ein Kursus des Genossen Freund von 13 Abenden über Einführung in die sozialistische Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftspolitik in Dresden. Genossin Mathilde Wurm hält einen Kursus für Genossinnen in Dresden über bürgerliche und proletarische Frauenbewegung. — Einzelvorträge finden statt: Engelbert Graf: Die Vereinigten Staaten von Europa, eine proletarische Forderung; Max Adler, Wien: Der Sozialismus als Kulturbewegung; Gustav Hennig: Martin Andersen Nexø, ein Dichter des Proletariats (in Pirna, Dresden-A., Dresden-N., Strießen, Gittersee, Böbau); Freund: Die materialistische Weltanschauung (in Wildbrunn).

Kuherdem veranstaltet der Orts-Bildungsausschuß Habsdorf Kurseinführungen durch die Dresdner Gemäldegalerie unter Führung des Genossen Lehrers Arno Hennig. Weiter ist zu Einzelvorträgen Genosse Dr. J. A. Stern in der Zeit vom 1. bis 11. April gewonnen worden; die Orte werden noch festgelegt. — Soweit die Kurse in einzelnen Orten schon begonnen haben, ist überall eine starke und zufriedenstellende Teilnahme zu verzeichnen. In diesem vom Bezirks-Bildungsausschuß vermittelten und angelegten Veranstaltungen kommen noch eine Anzahl Bildungsveranstaltungen einzelner Kreise, und Orts-Bildungsausschüsse hinzu, so daß im allgemeinen gesagt werden kann, die Arbeiterbildungsbestrebungen in Ostfachsen haben einen vielversprechenden Anfang genommen, was von allen Genossen und Genossinnen auf das freudigste begrüßt wird.

Werthauers Ansprüche an den sächsischen Staat

Die bürgerliche Presse hat bekanntlich berichtet, daß der frühere Ministerpräsident Zeigner dem „jüdischen“ Rechtsanwalt Justizrat Dr. Werthauer in Berlin den Auftrag erteilt habe, ein Gutachten betreffend die Abfindung des vormaligen sächsischen Königshauses auszuarbeiten und daß dieser für diesen Auftrag eine Summe von 240 000 Mark vom sächsischen Staat einfrage. Wie die Sächsische Republikanische Korrespondenz mitteilt, ist Justizrat Dr. Werthauer gebeten worden, einige in diesem Zusammenhang stehende Fragen zu beantworten. Dr. Werthauer teilte auf Grund dieser Anfrage über seine Forderungen an den sächsischen Staat folgendes mit:

1. Auf Beschluß des gesamten Ministeriums, insbesondere auch des damaligen Ministers Selb, bin ich beauftragt worden, in der Auseinandersetzung mit dem vormaligen Königshaus Sachsen für den sächsischen Staat juristisch tätig zu sein.
2. Nach Beendigung der Sache habe ich die genau den gesetzlichen Vorschriften entsprechende aufgestellte Note dem sächsischen Staat überreicht. Dieser hat, nachdem inzwischen das Ministerium anders zusammengefaßt war, die Forderung nicht befolgt, weil, wie er angeblich, in den Akten nichts finden konnte.
3. Demgemäß hat der untreue Kassenschatzmeister führende Rechtsanwalt Prall den Betrag von 10 000 Goldmark gegen den sächsischen Staat eingeklagt.
4. Von einem Regress des sächsischen Staates gegen den Ministerpräsidenten Zeigner kann überhaupt nicht die Rede sein. Ein solcher Fall kommt nach keiner Richtung hin in Frage.
5. Es scheint einigen Kreisen des Finanzministeriums meine damalige Zustimmung nicht genügen zu sein. Dies ist zur Sache unerschicklich.
6. Von wem die gefälligen, unwarharen Mitteilungen an die Presse ausgehen, bin ich zur Zeit zu ermitteln noch beschäftigt.

Man darf auf die Erledigung dieser Angelegenheit, die von einer bestimmten Presse zu einer verlogenen Hetze gegen die „marxistischen Regierungsmethoden der November-Republik“ benutzt wurde, gespannt sein. Schon heute aber darf auch darauf hingewiesen werden, daß man sich nicht damit begnügt hat, nach dem alten Verfahren der Nullfälligkeit zu operieren, sondern daß man sich nicht scheute, die in Frage kommende Summe mit 24 zu multiplizieren.

Der sächsische Arbeitsmarkt vom 1. bis 7. Februar

Das Landesamt für Arbeitsvermittlung veröffentlicht über die Lage auf dem sächsischen Arbeitsmarkt für die Zeit vom 1. bis 7. Februar 1925 folgenden Bericht:

Die Landwirtschaft zeigt erhöhten Bedarf an jungen Kräften beiderlei Geschlechts. Aufnahmefähig blieben auch die Stein- und Glasindustrie, lebhaft gestaltete sich die Vermittlungstätigkeit in der Metall- und in der Textilindustrie. Verlangt wurden männliche und weibliche, gelehrte und ungelehrte Kräfte. Die Papierindustrie neigte im Gegensatz zur Vorwoche offensichtlich zur Besserung. Wenig günstig blieben im allgemeinen die Verhältnisse im Nahrungs- und Genussmittel-, im Bekleidungs- sowie im Gas- und Schankwirtschaftsgewerbe.

Die Zahl der unterrichteten Erwerbslosen betrug zu Beginn der Berichtswache 51 762 (45 872 männliche, 5890 weibliche) und die der Zuschlagsempfänger 63 231, so daß seit dem 15. Januar eine Abnahme von 3169 Hauptunterstützten, und 1217 Zuschlagsempfängern zu verzeichnen ist.

Die nächste Landtagssitzung. Die nächste Sitzung des Landtages, die am Freitag den 13. Februar, nachmittags 1½ Uhr, stattfindet, weist nur zwei Tagesordnungspunkte auf: 1. Abstimmung über den Antrag des Abgeordneten Berg und Genossen, betreffend Verhütung von Eisenbahnunfällen. 2. Zweite Beratung über a) den Antrag des Abgeordneten Bauer und Genossen nebst Zusatzantrag, betreffend Disziplinarmaßnahmen für die ergebungs- und vorgläubliche Landwirtschaft, sowie über die hierzu vorliegenden Anträge und Eingaben, b) den Antrag des Abgeordneten Berg und Genossen, die Notlage der Kleinbauern betreffend.

Der Bürger

Roman von Leonhard Frank

Wie unjagbar glücklich das eine Frau machen kann, dachte Katharina.

Auf dem Wege bis vor das Gefängnis erlebten sie eine Stunde vollkommensten Verbundenheits, wie nur zwei Menschen es verliert sein kann, deren Liebe verfliegt ist durch die gemeinsame Hingabe an dieselbe Idee. Sie schritten in ihrem Gefühl.

„Ueber alle Begriffe schön kann das Leben sein.“ In ausbrechender Freude schlug sie die Arme um ihn. Rändte sich, zog die Glocke. Und wurde von dem schwarzen Tore geschluckt.

„Wo ist die Einkamkeit? ... Ah, meine Herren, es gibt keine Einkamkeit. Nicht einmal eine Trennung!“ frohlockte Jürgen und ging an seine Arbeit.

Ob der Herr im Reichtum oder im Elend lebt, aus einem warmen Teppichzimmer in eines mit feuchten Wänden und verfaulendem Fußboden überdauern muß, ob er Erfolge erzieht oder vom Leben Kadenschläge bekommt, hohe Ehren einkehrt oder in Schimpf und Schande gerät — der Hund hängt seinen Herrn immer gleich an. So unvernünftig ist der Hund, dachte Jürgen. Nur eines erträgt er offenbar nicht: getrennt zu werden von dem, dem seine Sympathie gehört.

Katharinas Schnauz, bisher ein ausgelassen heitres Tier gewesen, hakte am zweiten Tage das unruhvolle Fragen eingestellt: er blickte Jürgen gar nicht mehr an, fraß nicht mehr, leckte manchmal etwas Wasser und kroch wieder in seine Ecke zurück. Jürgen mußte ihn gewaltig füttern.

Der Anruf an die bürgerliche Jugend war erschienen. Bei dem letzten Besuche, den Jürgen im Gefängnis machte, verurteilte er den Schnauz, der einzugehen drohte, mitzunehmen.

Der Gefängnisdirektor, der ausah wie ein auf der Schwanzspitze aufrechtstehender, häßlicher Affe mit diesem Tausch und seinem, roten Steine, ein vollblütiger, fünfzigjähriger Mann, höflich und zurückhaltend, gab nach minutenlangem, von bedauerndem Kopelsucken und erschrecktem

Jugenausschlagen begleiteten Erklärungen und Fragen, zwischen die er eine Serie forrechten Lächelns gleichmäßig verteilte — Lächeln nicht eines harten Gefängnisdirektors, sondern eines Menschen mit Herz und Gewissen, der aber leider an Pflicht und Gefängnisordnung gebunden ist — schließlich die Erlaubnis zur Teilnahme des Hundes. Feuchte sich plötzlich herab und tätschelte wehmütigen Mundes das Tier. Und dann kam, als sei er schon zu weit gegangen und Jürgen schon zu lange im Direktionszimmer geblieben, unerwartet idell die knappe Verbeugung und sofort ein Lächeln wehmütig in die Wangen zurückgezogener Mundwinkel. Und sofort wieder das erschreckte Jugenausschlagen.

Jürgen war, wie er mit dem Schnauz die abgetrocknete Steintreppe hinaufstieg, der festen Ueberzeugung, daß der Gefängnisdirektor früher oder später ins Irrenhaus kommen werde.

Im Stode stand es idarr nach Abort. Die Wärterin — lippenloser, strichdünner Mund im selten Gesicht — schloß eine Tür auf. Sie schritten durch einen großen Saal, in dem zwanzig zweimeterbreite, dreimeterlange und zweimeterhohe, engmaschige Drahtgitterzellen nebeneinander standen. Dazwischen die Gänge, wie in einer Menagerie. In jeder Drahtzelle eine Gefangene. Frauen, junge Mädchen und, gleich bei der Eingangstür, in zwei nebeneinanderstehenden Käfigen, je eine Sechszehnjährige. Alle in grauen Leinenmänteln. Der Raum zwischen den gleich hohen Zellen und der Staldecke war leer.

Einige Gefangene schritten auf das Leben zu: drückten die Gesichter gegen das Drahtgitter. Blickende Augen. Eine Sechszehnjährige mit verwildertem Gesicht lockte mit Zeigefinger und Daumen und sagte zweimal: „Schnauzell!“ Der Schnauz wedelte mit dem Schwanzstumpf.

Sie schritten durch die entgegengekehrte Tür hinaus, in einen langen Gang, an dessen Ende rot ein Gesicht brannte. Links und rechts: Jellentür neben Jellentür, jede mit einem Beobachtungsfenster.

Schon als die Wärterin den Schlüssel suchte, stellte der Tausch die Bordenpfoten gegen die Jellentür. Sein Maul öffnete sich, die Zunge erschien. Erbe nach oben „beoan.“

Wimmernd schlüpfte er, durch die Beine durch, voran. Und es wäre Katharina unmöglich gewesen, ihn nicht wahr

zu begrüßen. Denn seine Liebe war tiermischer. So tiermisch, daß er unter Katharinas Liebkosungen nicht lange stillhalten konnte, sondern hin- und herlaufen mußte, von der Fensterwand zur Jellentür, beim Wenden jedesmal ausglittend auf dem glatten Betonboden.

Sogar der strichdünne, lippenlose Mund ließ Zähne sehen.

Sie hatten einander nur die Hand gereicht. Sehen konnte Jürgen sich nicht. Die Britische blieb tagsüber an die Wand geknallt.

„Heute war bei mir, hergeschickt natürlich von meinem Vater, der Irrenarzt.“

Die Wärterin stand bei der Tür, ohne sich anzulehnen, blickte blindlos.

„Das ist so zu verstehen, daß meinem Vater eine geistesranke Tochter lieber wäre als die Schande, eine Sozialistin zur Tochter zu haben. ... Na, ging auf das Gerde gar nicht erst ein, küßte ihn gleich wieder fort, was ihn natürlich auch nicht von meinem Geinudsein überzeugte.“

Der Schnauz hatte sich etwas beruhigt. Er lag, offensa Mauls atmend, die Vorderpfoten vorgestreckt, blickend auf den Betonboden, überzeugt, daß seine Leiden nun zu Ende seien: er hierbleiben oder Katharina mitgeben werde. Auch sie steckte in einem grauen Leinenmantel, etwas fleidlamz gemacht dadurch, daß sie die Bluse beim Hals eingeklappt hatte.

Bei dem ersten Tone, den die Wärterin sprach, erhob sich der Schnauz und bellte. Die Verhörungen Katharinas, daß sie in einer Woche kommen werde, mühen nichts. Der Schnauz stemmte sich mit allen Bieren und mußte so von Jürgen hinausgeschleift werden.

„Das ist nicht erlaubt.“ Die Wärterin deutete auf den schwarzen Schatten, durch dessen Vorhandensein das Vorhandensein von Bräuten vermutet werden konnte. „Zimmer wenn der zu Besuch kommt — diese Unmisset!“

Katharina nahm den Einschlaf heraus, so daß der Saal wieder rund um den Hals anstieß.

„Sie können es gar nicht erwarten, was! ... Direktor melden.“ hörte Katharina noch. Die Tür fiel ins Schloß. (Fortsetzung folgt.)

2.05
3.75
4.00
1.45
1.05
5.00
1.05
2.05
1.15
88
2.05
85
1.25
7.00
4.00
34

Wohnungsverhältnisse und Wohnungsbau in Dresden

Das Bauprogramm der sozialdemokratischen Stadtverordneten-Fraktion

Nach den übereinstimmenden Urteilen der Wohnungspolizei und die Wohnungsverhältnisse normal, wenn die Zahl der leerstehenden Wohnungen 3 Prozent beträgt. Eine am 12. Oktober 1908 vorgenommene Wohnungszählung in Dresden ergab aber nur 2,57 Prozent leerstehende Wohnungen. Das sehr beachtliche Manko wurde aber damals nicht durch lebhafteren Bau von Wohnungen ausgeglichen, es wurde vielmehr, um die Mieten hochzutreiben, gerade in jenen Jahren eine harte Zurückhaltung im Kleinwohnungsbau geübt, die dazu führte, daß am 1. Dezember 1910 nur noch 1,07 Prozent, am 12. Oktober 1912 nur noch 0,88 Prozent, und am 12. Oktober 1918 nur 0,06 Prozent leerstehende Wohnungen zu verzeichnen waren. Die etwas regere Bautätigkeit in den Jahren 1913 und 1914 lag dann die Differenz der leerstehenden Wohnungen bei 1,62 Prozent am 12. Oktober 1914 liegen, wobei noch zu beachten ist, daß in den ersten Wochen des Weltkrieges viele, besonders junge Ehepaare ihre selbständige Wohnung aufgeben und zu Eltern oder Verwandten zogen. Jedenfalls zeigen die eben angeführten Zahlen, daß in Dresden bereits vor dem Kriege eine sehr starke Wohnungsnot bestand, deren Wirkung, wie an verschiedenen Stellenveränderungen zum ausgereichten Kreise aus jenen Zeiten nachgewiesen werden konnte, geradezu furchtbar war. Es ist auf die Wirkungen der ersten Kriegsjahre zurückzuführen, wenn dann bei den Wohnungszählungen in den Jahren 1916 und 1918 der Prozentfuß der leerstehenden Wohnungen auf 2,74 Prozent resp. 2,58 Prozent stieg. Der in der Kriegszeit fast vollständig eingestellte Wohnungsbau — von 1915 bis Ausgang 1918 sind nur insgesamt 1128 Wohnungen gebaut worden gegen 1740 jährlich in den letzten 8 Jahren vor dem Kriege — drückte den Prozentfuß der leerstehenden Wohnungen bei der Zählung am 12. Oktober 1918 auf 0,49 Prozent herunter.

Leider sind seit dem 12. Oktober 1918 keine Wohnungszählungen in Dresden mehr vorgenommen worden, und deshalb fehlen zuverlässige Zahlen über die in Dresden fehlenden Wohnungen. Die wiederholt zum Ausdruck gebrachten Schätzungen bewegen sich in ganz verschiedenen Zahlen. Es gibt Stellen, die mit einer Zahl von unter 10.000 rechnen, während andere Stellen wieder weit darüber hinaus, bis zu 20.000, schätzen. Es erscheint deshalb dringend notwendig, baldigst eine Wohnungszählung vorzunehmen, wobei besonders auch die Zahl der Haushaltungen, die keine eigene Wohnung haben, mit festgestellt werden müßte. Auch dürfte Wert zu legen sein auf die Zahl der Wohnungen, die heute wohl noch benutzt werden, aber aus gesundheitlichen und hygienischen Gründen heraus schon lange nicht mehr als Wohnungen in Betracht kommen dürften. Sogar würde eine solche Zählung die Auffassung einer amtlichen Stelle ermöglichen, die die Zahl der fehlenden Wohnungen mit 4000 benannte mit Hinweis darauf, daß ja eigentlich alle Menschen in Dresden untergebracht wären. Nach unserer Auffassung beträgt die Zahl der fehlenden Wohnungen etwa 15.000 bis 16.000. Man muß zu dieser Zahl kommen, wenn die neugebauden Wohnungen in der Friedenszeit zum Vergleich herangezogen werden und die bereits am 12. Oktober 1918 fehlenden Wohnungen sowie die Zahl der Vermehrung der Haushaltungen von 1910 an 1921 mit in Rechnung gestellt werden.

Am 12. Oktober 1918 wurden 149.782 Wohnungen in Dresden gezählt. Davon standen 798 Leer. Wären damals die Wohnungsverhältnisse normal gewesen, hätten von 149.044 Wohnungen 3 Prozent, also 4471 leerstehen müssen. Leer standen aber nur 798, so daß sich ein Manko von 3733 ergab. Da in den letzten 8 Jahren vor dem Krieg durchschnittlich jährlich 1740 Wohnungen gebaut wurden, müßten in den 6 Baujahren von Anfang 1919 bis Ausgang 1924 zusammen 10.440 Wohnungen neu gebaut werden. Dazu kommt noch die sehr beachtliche Tatsache, daß in den 5 Jahren von 1910 bis Ausgang 1923 insgesamt rund 12.000 Umschichtungen mehr, wie in der Kriegszeit erfolgten. Nun läßt sich allerdings der Zugang an Haushaltungen nicht genau statistisch nachweisen, folgt man aber den Ermittlungen des Stadtbauamts Dr. Ing. Drommer in Karlsruhe, der feststellt hat, daß 1000 Haushaltungen eben regelmäßig 570 Haushaltungsklümpelungen oder Haushaltungsklümpelungen gegenüberstehen, also durch 1000 Umschichtungen die Zahl der Haushaltungen um 130 vermehrt wurde, bedeutet das einen weiteren Bedarf von 3160 Wohnungen.

Das Beispiel würde sich nun so gestalten:

Wohnungsbedarf am 12. Oktober 1918	3737
Benötigte Wohnungszufuhr in 6 Jahren	10.440
Vermehrung der Haushaltung	5160
Summa	19337
Wohnungszugang durch Neubau, Umbauten usw.	14834
Es fehlen danach	14490

Es darf nun nicht außer acht bleiben, daß schon am 12. Oktober 1918 ungenutzte viele Haushaltungen mit andern zusammenzobanden. Auch die haben ein dringendes Bedürfnis nach eigenem Haushalt, dessen Befriedigung auch auf den Wohnungsmarkt drücken dürfte. Die seit 1918 vorgenommenen Eingemeindungen sind hierbei nicht berücksichtigt, durch sie werden die Zahlen noch erhöht, so daß die Differenz von etwa 16.000 fehlenden Wohnungen nicht zu hoch gegriffen sein dürfte.

Eine andere — amtliche — Stelle versuchte, auf anderem Wege zur Feststellung der fehlenden Wohnungen zu kommen, und stellt fest, daß in Sachsen 100.000 Wohnungen fehlen. Wird der dringende Wohnungsbedarf berechnet, ist die Zahl der fehlenden Wohnungen geringer, nicht jedoch in Dresden immer noch 17 pro 1000 Einwohner, so daß mit 10.400 fehlenden Wohnungen zu rechnen ist. Es ist aber anzunehmen, daß hierbei die unbedingt notwendige Wohnungszufuhr noch nicht berücksichtigt ist. Also auch diese Berechnung würde für Dresden mindestens 16.000 fehlende Wohnungen ergeben. Von nur 4000 fehlenden Wohnungen kann also nicht gesprochen werden. An diese Zahlen zu glauben, wäre Vogelstangkampagne. Oder kommt darin die Kluch vor der Verantwortung zum Ausdruck? Will man sich beruhigung gegenüber der Tatsache schaffen, daß man auf Mienen der Gemeindecassiers und ohne daß die Verordneten haben, bestimmten Bevölkerungsdifferenzen durch Steuererhöhung Millionen ident, daß man gegen eine harte Kinderarbeit weiter etwähle eine Kluch für die Verlegung der Infanterieschule von Mühlstein nach Dresden optierte, dagegen nichts aus Gemeindecassiersmitteln zum Wohnungsbau übrig hatte?

Wie gestalten sich nunmehr die Dinge? Ein Jahr später Wohnung liegt hinter uns. Die Gemeindefinanzlage ist durchaus nicht mehr so unübersichtlich wie in den Inflationsjahren. Was soll nun auf dem Gebiet der Wohnungspolitik und des Wohnungsbaues geschehen?

Soll auch weiterhin nur mit den Erträgen der Wohnungsbauabgabe, die gegenwärtig 10 Prozent der Friedenmietle betragt, gebaut werden? Damit werden in Dresden 1925 nicht viel mehr als 1000 Kleinwohnungen geschaffen werden können. Wird die Wohnungsbauabgabe auf 15 Prozent erhöht, könnten höchstens 1600 gebaut werden. Damit wird noch nicht einmal der Durchschnitt der 8 Jahre vor der Kriegszeit erreicht, also nicht Vordringens, sondern weitere Vermehrung der Wohnungsnot tritt ein.

Soll in nicht allen Jahren seit die Wohnungsnot beseitigt werden, müssen jährlich mindestens 3000 Wohnungen geschaffen werden.

So auch dann erst in zehn Jahren normale Verhältnisse geschaffen werden, wird verstanden werden, warum noch über 3000 Wohnungen heranzuführen. Sie wird das möglich sein. Mit den Erträgen der Wohnungsbauabgabe, selbst bei einer Steigerung der Bewerben, ist es aber nicht möglich. Ist die Gemeindecassiersmittel der Gemeinde werden Parteizuschüsse für den Wohnungsbau bereitgestellt werden, da mit dem bisherigen System absolut nicht weiterzukommen ist.

Der dringende Wohnungsbedarf in Dresden besteht aber nur zu deutlich. In den letzten 8 Jahren, den Anfang 1919 bis Ausgang 1923, sind nur 10.440 Wohnungen zugeführt. Bei 1924

und Gemeinde) nur 2380 Wohnungen beschafft worden. In der gleichen Zeit wurden aus Mitteln des städtischen Wohnungsfonds (Lösungsgelder, Soluzugschüsse bei Grundstückskäufen) in bestehenden Gebäuden noch 1271 neu beschaffen oder durch Instandsetzung erhalten, also insgesamt 3651 oder jährlich 730 Wohnungen. Seit die im Jahre 1924 in der Hauszinssteuer erhaltene Wohnungsbauabgabe brachte einen lebhafteren Wohnungsbau, nämlich 1128 Wohnungen, in dem einen Jahre. Dazu kommen noch 62 Wohnungen aus Mitteln des städtischen Wohnungsfonds.

So tröstlos die Verhältnisse im Wohnungswesen liegen, so furchtbar die Wohnungsnot ist, so wenig die Wohnungsherstellung der Nachkriegszeit auch hier lindernd wirkte, so stark stehen die städtischen Behörden dem gegenüber. Ihr Beispiel ist sehr einfach eingestellt auf die Formel: Die Wohnungsbauabgabe 1925 wird um so viel Geld bringen und dafür wird so viel gebaut und damit Vertrauen. Daß es aber so nicht gehen kann, soll bei dem Ausblick auf 1925 und die folgenden Jahre nachgewiesen werden.

Was nun weiter?

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion propagiert gegenwärtig eifrig ein von ihr aufgestelltes Wohnungsbauprogramm (veröffentlicht in der Dresdner Volkszeitung, Nr. 34 vom 10. Februar 1925). Es soll durchsichtiger sein als ein Wohnungsreformwerk sein, sondern stellt nur die Grundzüge dar, nach denen in nicht allzu langer Zeit die Wohnungsnot zu beseitigen wäre. Die Stadtverordnetenfraktion möchte zu dieser Arbeit kommen, da ersichtlich war, daß durch die Maßnahmen auch für 1925 und die folgenden Jahre für den Wohnungsbau kein großzügiges Programm aufgestellt würde. Dem Wohnungsbau selbst soll kein Vorrang gemacht werden, sondern der Vorrang trifft die Verwaltung, und zwar jenen ersten Beamten, der ohne Zweifel ein äußerst forrechter und tüchtiger Verwaltungsbeamter ist, dem aber in bestimmten Dingen Großzügigkeit abgeht, der nicht den Ehrgeiz besitzt, in Dresden in Dingen, die nicht gerade mit den Parteizwecken der Volkspartei in Verbindung stehen, etwas Besonderes, Großes zu schaffen. Die Vereinerung der Wohnungsbau durch Schaffung von Wohnungen durch die Gemeinde, durch eigene Zielungen usw. waren dazu geeignet. Dresden vorbildlich werden zu lassen. Aber nichts von alledem. Am 7. November 1924 wurde dem Kleinwohnungsbauauschuss eine Vorlage über den Wohnungsbau 1925 vorgelegt. Ganz nüchtern wird erklärt: wenn die Wohnungsbauabgabe weiter 10 Prozent beträgt, können wir 1230 Wohnungen schaffen, wird die Wohnungsbauabgabe auf 15 Prozent erhöht, bauen wir eben 1875 Wohnungen. Davon könnten zwei Drittel von den Hausgenossenschaften und Siedlungsgesellschaften herbeigeführt werden, und vom restlichen Drittel stellen Privatunternehmer 300 Wohnungen her, während etwa 100 Wohnungen durch die Gemeinde gebaut würden. Eine wirklich laubere Berechnung, die Arbeit eines zuverlässigen Beamten, der seinen Oberbürgermeister ganz genau kennt, aber sonst weiter nichts. Die Hauptsache ist, daß das N-Prinzip nicht fehlt. Sein Wort davon, daß auch 1925 selbst im günstigsten Fall noch nicht annähernd soviel wie in den letzten zwei Jahren vor dem Kriege gebaut werden kann; kein Hinweis darauf, daß damit die Wohnungsnot nicht beboben werden kann, sondern immer schlimmer werden muß. Sein Hinweis darauf, daß die Gemeinde, um diesem großen Wohnungsmanke abzuwehren, neue Wege und neue Mittel suchen und finden muß. Ein Stoßismus in dieser wichtigen Frage, der den Wohnungsbedürftigen bittere Schmerzen bezetteln muß.

Es wird ein Verdienst unter Stadtverordnetenfraktion sein, in diese Dinge hineinzuführen. Schon heute steht es zweifellos fest, daß mit den Erträgen der Wohnungsbauabgabe im Jahre 1925 selber lange nicht die Zahl der Wohnungen beschafft werden kann, wie es 1924 mit denselben Mitteln möglich war. Die Vorkerkelung ist infolge harter Steigerung besonders der Kaufkraftpreise fast gestiegen, man spricht schon von etwa 30 Prozent. Damit ist festzustellen, daß auch bei Erhöhung der Wohnungsbauabgabe auf 15 Prozent nicht 1875, sondern allerhöchstens 1600 Wohnungen gebaut werden können.

Wie sieht es aber jetzt auf dem Bauhofmarkt? Die alarmierenden Meldungen über magerische Preissteigerungen mehren sich. In den letzten Tagen sollen die Riegelpreise in Berlin förmlich katastrophal angezogen haben. Schon heute sehen Kenner der Dinge auf dem Bauhofmarkt, daß die Bauhofsubsidate und Konsum der Wohnungsbau durch Preisüberhöhung fast beeinträchtigt werden. Dabei stehen schon im Januar d. J. die Bauhofpreise recht erheblich über dem Friedenspreis, wie nachstehende Aufstellung zeigt. Es kosteten:

Bezeichnung der Baustoffe	Menge oder Gewicht	Preis 1918/14	Preis Januar 1925	% teurer gegen Kriegszeit
Mauerziegel	1000 Stück ab Werk	24 5/8 bis 25 3/4	35 5/8 bis 38 3/4	46 bis 52%
Dachziegel	1000 Stück ab Werk	32 bis 34 3/4	48 bis 50 3/4	50%
Portl.-Zement in Säcken	10 Tonnen ab Werk	884 3/4	495 3/4	28%
Graufußkalk	10 Tonnen ab Werk	180 3/4	200 3/4	25%
Randhölzer von 12/12 bis 24/30	1 cbm	40 5/8 bis 32 3/4	58 5/8 bis 78 3/4	38 bis 50%
Kauche Bretter, verschied. Stärk.	1 qm	0 78 bis 1 10	1 42 bis 2 04	36 bis 50%
Schob. u. gelb. Prellwaren	1 qm	1 54 3/4	2 80 3/4	50%
Dachpappe	1 Rolle 10 qm	3 25 3/4	6 10 3/4	87%
Ziegelglas in Streif. (36 bis 50 cm breit)	1 qm ab Platte	1 50 3/4	2 25 3/4	50%

Der Kampf gegen die Wohnungsnot muß auch zugleich ein Kampf gegen den Bauhofmarkt sein. Deshalb auch die Forderung unter Genossen auf Kaufhofbeschaffung durch die Gemeinde und möglichst viel Eigenproduktion an Bauhofstoffen. Eine Forderung, die in Dresden auf das höchste beschränkt wird. Es könnte aber doch möglich sein, durch Zusammenfassung großer Gemeinden, deren Bedarf an Bauhofstoffen in nächster Zeit ganz bedeutend sein wird, durch ihr Zutreten als gemeinsamer Käufer nach unten preisregulierend zu wirken. Die Bauhoflieferanten sind gar nicht in der Lage, diesen Großabnehmer unberücksichtigt zu lassen. Preisregulierung kann die Gemeinde auch bei der Anschaffung der Baustoffe wirken, wenn sie möglichst viel selbst baut. Zu dem Zweck soll eine städtische Bauhofgesellschaft gebildet werden, ähnlich wie in Leipzig, der dann die Anschaffung der Baustoffe in der Hauptstadt obliegt. Es geht um, bestimmt ist, daß in Leipzig durch diese städtische Langzeitfirma in der Anschaffung gegenüber Privatunternehmern Preisvorteile gewahrt wurde.

Auch dasjenige System der Darlehensgewährung, das eine bestimmte Rendite darstellt. Es ist unzulässig, daß bei einem großen Teil der 250 Wohnungen, die von Privatunternehmern mit Hilfe von Gemeindecassiers her-

gestellt wurden, die Gemeinde gar kein Mitbestimmungsrecht bei der Mietpreisbildung hat. Das ist zu sichern, ist eine dringende Aufgabe. Wenn die Privatunternehmer glauben, darauf nicht eingehen zu können, mögen sie auf die Darlehen verzichten. Es gibt in Dresden genügend autarkische Hausgenossenschaften und Siedlungsgesellschaften, die bereit sind, dieses Mitbestimmungsrecht einzuräumen.

Auch von dem im vorigen Jahr geübten Praxis (die dieses Jahr verhängt fortgesetzt werden soll), an Hausgenossenschaften und Siedlungen Darlehen in einer Höhe zu gewähren, womit die Baukosten nur zu zwei Drittel oder drei Viertel gedeckt sind, muß abgegangen werden. Diese sogenannte Mittelstreckung geschieht auf Kosten der Mietpreisbildung in jenen Siedlungen. Es steht fest, daß diese Praxis über den sonst üblichen Mieten in andern Genossenschaften und Siedlungen stand. Hier wird falsch gehandelt. Es darf doch nicht außer acht gelassen werden, daß 1000 Mark zu wenig gewährt Gemeindecassiers Aufnahme von Darlehen aus Privatmitteln bedeutet und die Mieten 110 bis 120 Mark wertvoll. Glaube man auf mögliche Erwerbslosigkeit drängen zu müssen, so besetze man in der Hauptsache jene Hausgenossenschaften, die ohne höchstbedenklichen Druck seit Jahren geradezu glänzend gearbeitet, und mit wenig Mitteln Solides geschaffen haben. Jedenfalls muß es Aufgabe der Gemeinde sein, die Hausgelder aus der Wohnungsbauabgabe ausreichen und zu ganz geringem Zinssfuß, höchstens 1 Prozent, zu geben. Dann ist eine vernünftige Wohnungspolitik gesichert.

Im Gegensatz zu andern großen Gemeinden, Wien, Leipzig, Berlin, Nürnberg, Köln usw., baut die Gemeinde Dresden fast gar keine Kleinwohnungen für die Gemeinde. Wien baut mindestens 90 Prozent aller Wohnungen für die Gemeinde, in Leipzig sind es 72 Prozent aller hergestellten Wohnungen, und in Dresden sind im Jahre 1924 von den etwa 1000 wirklichen Kleinwohnungen wohl nur ganze 20 Wohnungen für die Gemeinde ausgeführt worden. Denn man wird nicht sagen wollen, daß die im Obdachlosenheim und im Bürgerhospital wohl durch die Gemeinde ausgeführten insgesamt 190 Wohnungen Kleinwohnungen im hier anwendbaren Sinne darstellen. Diese harte Zurückhaltung im Wohnungsbau durch die Gemeinde ist nicht von der Frucht vor der gemeindefürlichen Wohnungsverwaltung. Amsterdam a. B. baut nicht nur selbst viel, sondern kauft noch Wohnungen auf und ist stolz darauf, in kurzer Zeit 25 Prozent aller Wohnungen in Besitz zu haben und selbst zu verwalten. Wien und Leipzig verwalten die große Zahl der geschaffenen Wohnungen selbst, wobei sie keine sehr großen, aber keine unüberwindlichen Schwierigkeiten haben. In Dresden erlaubt man sich mit aller Kraft gegen den eigenen Wohnungsbau. Der Oberbürgermeister hat sich dabei wieder, daß eine Gemeinde mit viel eigenen Wohnungsbau bei späterer Wohnungsbauverknappung ein sehr berechtigter Faktor ist. Diese schon seit Jahren betriebene Preispolitik hat der Gemeinde ungeheure Werte verschulden lassen. Jetzt soll an der Laubener Straße in Dresden-Trachow eine neue Siedlung mit über 600 Wohnungen angelegt werden. Hier könnte die Stadt endlich einmal Bescheid nachholen und die Siedlung selbst bauen. Aber es besteht die Gefahr, daß auch hier wieder die kurzfristige Politik siegt und sich die Gemeinde diese günstige Gelegenheit entgehen läßt. Es ist eben sehr bedauerlich, daß die Geschäftsstelle für Wohnungsbauabgabe und die einer bestimmten Hausgenossenschaft so dicht beieinander liegen.

Wenn in dem Programm gefordert wird, daß auch ein Teil der neu zu bauenden Wohnungen nur aus Erde, Mauerwerk und Kliche zu bestehen habe, so soll das nicht eine Herabwürdigung des Wohnungsbauwesens bedeuten. Es liegt doch so, daß heute tausende Familien ohne Kinder oder mit einem Kind in furchtbaren Löhren haften. Auch ihnen bedürftig eine bessere Wohnung zu schaffen, ist das wichtige Ziel. Gern werden so ungenutzte Innenräume eine solche Wohnung von 50 bis 60 Quadratmeter Wohnfläche begeben. Wird die Familie kinderreich, kann ein Tausch mit einer größeren Wohnung erfolgen. So stellt das von der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion aufgestellte Wohnungsbauprogramm eine Reihe sehr wichtiger Fragen auf. Die wichtigste darunter ist doch die der Erhebung von so viel Wohnungen, daß die Wohnungsnot bald beseitigt werden kann. Da, mit kann in 10 Jahren erledigt werden, wenn jährlich mindestens 3000 Wohnungen gebaut werden. Wer die Mittelbeschaffung hierfür (natürlich nicht nur aus den Taschen der Steuerbeiträglichen) abseht, lobet eine furchtbare Verantwortung auf sich. Die sozialdemokratische Partei wird dafür zu sorgen haben, daß diese Frage nicht mehr von der Tagesordnung verschwindet.

Dresdner Chronik

Leibesübungen bei der Reichspost

Über eine neue bei der heutigen Oberpostdirektion getroffene Einrichtung, die zugleich der erste bezügliche Versuch im Reichsgebiet der Deutschen Reichspost ist, schreibt der Postinspektor Schrich:

Die Notwendigkeit, lange ununterbrochene Dienstschichten — bis zu neun Stunden — für die Beamten anzusetzen, ist bei der Deutschen Reichspost häufig gegeben. Teils sind hierfür dienstliche Gründe maßgebend, teils sprechen dafür, besonders in Großstädten, die Interessen der Beamten, denen ein mehrmaliger Weg zur Dienststelle an demselben Tage erspart werden soll. Sind solche lange Dienstschichten mit Geschäften ausgefüllt, die in besonderen Maße Anstrengungen erfordern, so ist es unermesslich, daß auch in unerwünschter Weise ein übermäßiger und vorzeitiger Verbrauch an Nervenkraft eintritt. Dienstwege dieser Art sind in erster Linie der Fernsprechdienst und der Postschaffendienst. In beiden werden überwiegend weibliche Beamte beschäftigt. Bei dieser körperliche Widerstandsfähigkeit abnehmen geringer ist, als diejenige ihrer männlichen Mitarbeiter, so hat sich im Laufe der Jahre immer mehr herausgestellt, daß das weibliche Personal trotz seines durchschnittlich wesentlich niedrigeren Lebensalters in ungleich höherem Maße von Krankheiten heimgesucht wird als die männlichen Beamten. Um noch dieser Richtung hin eine Besserung zu ermöglichen, hat die Oberpostdirektion Dresden kürzlich mit Genehmigung des Reichspostministeriums den Versuch unternommen, eine körperliche Kräftigung ihrer weiblichen Beamten durch Einführung von Leibesübungen herbeizuführen. Man will dieses Ziel auf folgende Weise erreichen: Sämtliche Postbeamtinnen in Groß-Dresden — es sind dies gegen 860 — werden zweimal wöchentlich während ihres Dienstes zu gymnastischen Übungen herangezogen. Die Tamen unterbrochen zu diesen Zwecken jedesmal auf 5 Stunden ihren Dienst und führen in Gruppen von je 20 bis 25 unter Leitung von einem zu diesem Zwecke eingestellten, ebenfalls ausgebildeten Gymnastinnen in besonderer hierfür hergerichteten Diensträumen diese Leibesübungen aus. Die technische Seite steht hierbei unter Aufsicht des Herrn Sanitätsrats Dr. Löwe, des bekannten Leiters der hiesigen Staatshilfsanstalt für Krankengymnastik und Massage. Herr Löwe hat die Oberpostdirektion bei Durchführung des ganzen Planes in dankenswerter Weise mit Rat und Tat unterstützt; im besonderen hat er auch dafür gesorgt, daß nur solche Leibesübungen angestellt werden, die unter Berücksichtigung der in Betracht kommenden Väter Gesundheit dem angestrebten Zweck im besten Dienste.

Es liegt auf der Hand, daß bezügliche in eine entsprechende und aufrehabende Dienstschichten angeordneten Tausch an sich schon erförderlich und empfehlenswert auf die Beamtinnen einwirken. Werden die Frauen angehalten durch solche Gymnastikübungen, nicht anstrengende und die Gegenwart des betreffenden Dienstweges

Wichtigste Körperübungen ausgeführt, so ist mit großer Wahrscheinlichkeit...

In weiteren ist beabsichtigt, durch Anschließung an vorhandene...

Das Ganze ist zunächst als ein neugeschaffenes, von dem bisherigen...

Sexualberatungsstellen

Unter obiger Überschrift ist durch einen Teil der Dresdner...

Auch in Dresden besteht eine von Professor Dr. Aulin geleitete...

Bei Geschlechtskrankheiten kommen vor allen Dingen die Beratungsstellen der Landesversicherungsanstalt...

Schlecht vergolten

Der Polizeibeamtenteiler Alfred L. befand sich eines Tages auf Dienstreife...

Stadterordnetenversammlung. Auf der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung...

Mitteilungen aus der Sitzung des Gesamtrates. Der Rat hat die Beschlüsse zur Vorlage...

Bevollmächtigungen vorgelegt: a) 190 000 M. im Haushaltsplan nicht vorgesehen...

Stadterordneter Bank teilt mit, daß er mit dem gestrigen Tage aus der Deutschsozialen Partei ausgetreten ist...

Umtausch der Versicherungsarten der Angestelltenversicherung. Nach den Wahrnehmungen...

Werken mit Steinen nach Eisenbahnen. Seit einiger Zeit ist es häufig zu beobachten...

Anschlag auf Automobilfahrer. Auf der Elanstraße zwischen Kesselsdorf und Obergorditz...

Tausche Rentenbanknoten zu 10 Rentenmark lauten jetzt wieder auf. Sie sind auf Papier mit Ingehalt...

Gewährung von Vorläufen an Kriegesbeschädigte und Kriegshinterbliebene. Nach den bisherigen Bestimmungen...

Einstieg. In der Nacht zum 11. Februar wurden aus einem Kaufhaus in der Jandauer Straße...

Einstiegsgebietsfall. Vorgangene Nacht in der 4. Stunde hat sich ein unbekannter Dieb...

Zeitsitz für die freie Schule in Dresden. Sonnabend den 14. Februar...

Stiller. Das Verfahren gegen den Inhaber der in Aussicht abgebrannten...

Parteinachrichten für Groß-Dresden

Parteiorganisator: Sekretariat: Jugendweibereitschaften: Parteiführer: Parteimitglieder...

Bereins- und Versammlungs-Kalender

Reichsvereinigung ehemaliger Kriegesbeschädigter, Ortsgruppe Dresden (G. R.), Untergruppe Altstadt...

Gruppe Altstadt 3. Freitag, abends 7 Uhr, im Restaurant Goldig...

Gruppe Dresden-Blauen. Die Jugendgenossin Dora Handrick übernimmt...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Jugend Groß-Dresden. Freitag den 13. Februar, abends 7 1/2 Uhr...

Wettervorhersage für den 13. Februar

Witterungsaussichten für den 12. Februar abends bis 13. Februar abends...

Amliche Berliner Produkten-Notierungen

vom 11. Februar Weizen, m.ä. 243-249 (247-250), Roggen, m.ä. 249 bis 246...

Wasserstände der Weiden, Eger und Elbe

Table with 3 columns: Station, Date, Water Level. Includes Weiden, Eger, Elbe.

Boxer an der Arbeit

Sollen die Gewerkschaften zerhauen werden?

„Wir haben jetzt in der Partei die bolschewistische Linie durchgebohrt... Wir wollen die freien Gewerkschaften für unsere Partei erobern. Nicht, indem wir mit unserem Parteiprogramm aufrufen...“

Reichstagsabg. Schaeffer auf der Unterbezirkskonferenz Chemnitz der KPD, 20. Januar 1925.

Kein kommunistisches Zeitungsblatt ohne die Parole: Hinein in die Gewerkschaften! Keine kommunistische Versammlung ohne die Losung: Einheitsfront aller Arbeiter! Verwundert reiben sich die „alten Bolschewisten“ die Augen: Geben sie es nicht bis vor kurzer Zeit ganz anders gehört? Wie hieß es doch damals: Hinaus aus den Gewerkschaften! Zerhau die Organisationen! Aber die „alten Bolschewisten“ sind wie jene Grenadiere unter Napoleon: sie schiefen auf Befehl, sie sterben auf Befehl; wenn Moskau spricht, dann hört bei ihnen das eigene Denken auf. Aber Moskau wird schon gestatten, daß die deutschen Arbeiter auch dabei sind, wenn das große „Durchbohren“ der Gewerkschaften beginnen soll.

Das Programm in der Tasche

Herr Schaeffer will, wie es sein Blatt, der Kämpfer, am 31. Dezember 1924 empfohlen hat, „mit List und Schlaubeit“ in die Gewerkschaften eindringen. Das entspricht jenem bekannten Leninischen Rezept, wonach man „List, Schlaubeit, illegale Methoden, Verleumdung, Verheimlichung der Wahrheit“ anwenden müsse, um in den Gewerkschaften „kommunistische Arbeit“ durchzuführen. Zuweilen ist man allerdings etwas offenerzögler. So heißt es in den Thesen zur Gewerkschaftsarbeit, die die österreichischen Kommunisten am 16. November 1924 beschlossen haben:

„Die Lohn- und Arbeitsbedingungen haben in der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit nur sekundären Charakter und dienen dazu, die Arbeitermassen in Bewegung zu setzen... Die kommunistische Gewerkschaftsarbeit ist von der Arbeit und dem Gedanken getragen, in den Massenorganisationen des Proletariats für die kommunistische Ideologie zu wirken, die Gewerkschaften zu Hilfsorganisationen des revolutionären Klassenkampfes zu machen.“

Die Gewerkschaften sollen also zu Ablegern der kommunistischen Partei gemacht werden. Der Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen ist Nebenfach, er dient höchstens als Vorwand, um die Massen erst in Bewegung zu setzen — und sie dann im Stiche zu lassen. Siehe Ludwigschafen, Ruhrgebiet, Mitteldeutschland und überall dort, wo es den Kommunisten vorübergehend gelungen war, die Führung an sich zu reißen.

Alte und neue Gewerkschaftsarbeit

In Nr. 2 des kommunistischen Gewerkschafters wird auseinandergesetzt, daß die „alten“ Gewerkschaftsführer ihre Sache nicht mehr verstanden; sie müßten je eher, je besser den kommunistischen „Revolutionären“ Platz machen. Früher hätten sie allerdings die Geschäfte besser gemacht:

„Dah man Vorsicht walten ließ bei Arbeiterkämpfen und nicht blindlings darauf ausginge, was eine Selbstzucht und nicht, doch hatte man keine Angst vor einem verlorenen Streik, und oft wurden Streiks begonnen mit der sicheren Aussicht des Verlierens. Das tat man einerseits, um den Arbeitern zu zeigen, wo ihre Schwächen lagen, aber mehr, um es dem Unternehmertum klarzumachen, daß ein gewerkschaftlicher Arbeiter es hält mit dem Wort: „Ein maderer Schwab forcht sich nicht!““

So hätten die „alten“ Gewerkschaftsführer nur gehandelt, wenn sie von der gleichen Unverantwortlichkeit befreit gewesen wären wie die heutigen kommunistischen Boxer. In Wirklichkeit galt der Streik immer nur als das letzte Mittel im Kampfe, wenn alle Einigungsmöglichkeiten erschöpft waren. Mit der größten Sorgfalt mußte stets die Lage geprüft werden, bevor die Arbeiter zur Arbeitseinstellung aufgerufen wurden. Niemals ist früher mit der Existenz der Arbeiter so hemmungslos gespielt worden wie dort, wo die Kommunisten „neue“ Gewerkschaftsarbeit leisten.

Noch ein Unterschied

Der kommunistische Gewerkschafter gesteht zu: „Die Kämpfe der Arbeiter um ein Stück Brot sind heute scheinbar viel schwieriger als damals und vielleicht auch in der Tat. Jedenfalls kostet es heute eine viel größere Anstrengung, dem Unternehmertum etwas abzutrotzen, als vor 25 Jahren. Der Unternehmer ist heute viel besser organisiert, in den Syndikaten und Trade-Verbindungen ist eine ganz andere Macht als in den zerstückelten Unternehmertum von damals. Aber — so fährt das Blatt fort — auch die Arbeiterklasse ist zu einer viel größeren Macht geworden, denn jetzt liegt nicht schon wieder 7½ Millionen in den Gewerkschaften organisiert.“

Das den Gewerkschaften der Vorkriegszeit ihre unbesiegbare Stützpunkt verlieh, das war ihre Geschlossenheit, die Selbstdisziplin ihrer Mitglieder, das Solidaritätsgefühl, das den ersten wie den letzten Mann befeuerte. Weit über die Kreise der Organisationen hinausreichte der gewerkschaftliche Einfluß, Mitglied der Gewerkschaft zu sein war eine Auszeichnung. Lebe dem, der damals von Zucht und Abkühlung, von Heiligkeit und Professionsdrang gesprochen hätte oder „mit List und Schlaubeit“ den Gewerkschaften zuleibe gegangen wäre!

Ein Gruß an die Zeitsplitterer

Wenn es den Kommunisten ernst wäre mit ihrer allerneuesten Parole, so müßten sie für die sofortige Auflösung ihrer Spaltungsgewerkschaften und für den Wiedertritt ihrer Mitglieder in die Gewerkschaften sorgen. Natürlich nicht, um dort „kommunistische“ Arbeit zu leisten, sondern um unter Anerkennung der Grundzüge der Gewerkschaften für die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse zu kämpfen. Daran denken sie aber nicht. Noch am 18. Januar 1925 hat das Ruhr-Echo den Reichstagsabg. der Union der Hand- und Kopfarbeiter in einem Rhetorikstück als „einen wertvollen Bundesgenossen“ begrüßt. Kein Wort davon, daß die aus dem Bergarbeiterverband heraus-

gelassenen „Revolutionäre“ sich wieder in die Einheitsfront der Arbeiter eingliedern sollten! Technisch steht es mit den andern kommunistischen Spaltungsgewerkschaften. Der „Hand- und Kopfarbeiter“ hat kürzlich Richtlinien herausgegeben, in denen folgendes zu lesen ist:

„Der Uebertritt von einzelnen Mitgliedern oder selbständigen Verbände im Interesse der Stärkung der Revolutionierungsbewegung in den freien Gewerkschaften ist eine Frage der Zweckmäßigkeit. Disziplinloses Hin- und Herlaufen von Dinge Mitgliedern aus selbständigen Verbänden ist desorganisierend und muß verhindert werden. Wo eine Verschlebung der Kräfte erforderlich ist, wird das Präsidium der K.A.K. nach Uebereinkunft mit den Reichsleitungen der selbständigen Organisationen entsprechende Anweisungen geben.“

Also nur, wo es „zweckmäßig“ erscheint, wo es von Moskau oder seinen deutschen Stellvertretern angeordnet wird, dürfen die Abgesplitterten wieder in die freien Gewerkschaften zurückkehren.

Seht, welch e'n Jammer!

Die kommunistische Partei will keine Geschlossenheit der Arbeiter, sie will keine Einheitsfront des Proletariats gegen das Kapital. Der Zentralausschuß der KPD hat am 10. und 11. Januar Thesen beschlossen, in denen wörtlich gesagt wird:

„Die Partei muß unbarmherzig alle „Zeitsplitterer“ aus ihrer Mitte ausmerzen, die regelmäßig in solchen Perioden auftreten, meist aus den Reizen der Zwickelkreden und zu heulenden Anrufen: „Seht, welch e'n Jammer!“ Jammer wieder kämpfen Arbeiter gegen Arbeiter, und die Bourgeoisie lacht dazu! Ruh weg dem die Sozialdemokratie so bekämpft! Kann man mit ihr nicht in gewissen Fragen zusammengehen? Sie ist doch schließlich auch eine Arbeiterpartei.“

Die Gewerkschaften sollen also künftig noch mehr als bisher zum Lammelpfad des wütendsten Bruderkampfes gemacht werden. Welche maßlose Ueberheblichkeit kommt in diesem Bekenntnis zur „Unverjährbarkeit“ zum Ausdruck! Bei der Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924 hatten die Sozialdemokraten 7880068, die Kommunisten nur 2708176 Stimmen. Die Sozialdemokratie hatte 1,8 Millionen gewonnen, die kommunistische Partei eine Million verloren. Trotz dieser Tatsache ihres unheilbaren Verfalls will also die kommunistische Minderheit der sozialdemokratischen Mehrheit ihren Willen aufzwingen! Um ihre elenden Parteizwecke zu fördern, sollen die Gewerkschaften wiederum zermürdet werden!

Es muß jetzt Schluss mit dieser Perfidionsarbeit gemacht werden. Jeder Arbeiter ist den Gewerkschaften willkommen, der sich an dem Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen beteiligen will. Jenen Leuten aber, die zur Freude der Bourgeoisie die „bolschewistische Linie“ auch in den Gewerkschaften „durchbohren“ wollen, muß das Handwerk gelegt werden.

Der Fahrtgefell

Halbmonatsschrift für Natur und Heimat
Wardern, Perseus, Scherersdorf
Verlegt von Verlag Volkswang
Preis 1.50 M. pro Jahr

Dixie

Henkel's Seifenpulver

das Seifenpulver für jedes Wäschverfahren. Größte Ergiebigkeit!

Preiswerte

Bettwäsche

Ueberschlaglaken in gutem Linon mit geschmackv. Garnierungen Stück 10.75 und 12.75	Barchent-Bettuch weiß, mit waschechter, bunter Kante in guter Barchentware 3.65	Paradekissen reich bestickt, entzück. Dessins, aus allerb. Linon, etw. verpaust, i. d. Fabrikation aber nicht gelitten, zum Ausschuchen 3.65
Bunte Bettwäsche schwere schles. Ware, Kissen, Deckbett 6.90, 1.75	Bettuch aus hervorragendem Dowlas, schwere, gute Ware, 140x225 4.90	Bettuch aus prima Rohnessel, derbe, westfälische Ware, 140x225 3.90
Linon-Bettwäsche aus gut. dichtem Linon, Deckbett 7.75, Kissen 1.90	Damast- Stangenleinen schwere, glanzr. Ware, Deckbett 10.90, Kissen 2.90	Bettinlette: Damen-, Körper-, Inlett jederdicht, echt, glatt-rot und gestreift Deckbettbreite 4.20 Kissenbreite 2.90,
Gestickte Bettwäsche aus gut. Linon m. reizender Stickerei, 1 Deckbett, 1 Kissen, 1 Paradekissen, pro Garnitur 12.75	Buntes Bettzeug erprobte, schles. W., Kissenbreite 1.55, Deckbettbr. 1.55 90	Körperl. I Deckbettbr. 3.50 Kissenbreite 2.20 3.50
Stangenleinen glanzreiche gute Ware, Deckbettbr. 2.20, Kissenbreite 1.60 1.60	Damast i. wundersch. Must. gut Qual., Deckbettbr. 2.45, Kissenbr. 1.70 1.70	Körperl. II Deckbettbr. 2.90 Kissenbreite 1.90 2.90
Ludwig Oschetzer Straße 16/18	Bach & Co. Wettinerstraße 3	Rohnessel für Bezüge u. Betttücher, derbe, westfälische Ware, 140 cm breit 1.45

In meinem diesjährigen

Inventur-Ausverkauf

erhalten Sie alle Waren im wahren Sinne des Wortes **halb umsonst!!**

Deshalb sollte niemand diese Tage zwecklos vorbeigehen lassen. Darum auf zu

27 J. Pimsler, Dresden 27

Landhausstraße
(früher Große Bismarckstraße)
nicht d. Pilsener Platz, nicht, Straßenbahnhaltestelle in den Tagen

bis 14. Februar

Angebote:

Anzüge:	Hosen:
Serie I. 17.00 M.	Serie I. 3.50 M.
Serie II. 22.00 M.	Serie II. 6.50 M.
Serie III. 29.00 M.	Serie III. 7.00 M.

1 Post. mod. Mantel v. 20.-, 30.-, 40.- M. an
1 Posten Sport-Anzüge von 25.- M. an
1 Post. schwere Winterjoppen v. 13.- M. an
1 Posten Kniehosen von 2.50 M. an

Für Radio-Selbstbau

Zehlföhler... von 20.00 an
Festkörper... von 30.00 an
in Kopfhörer, 400 Ohm... von 20.75 an
Detektor-Apparate, komplett, mit Jänner-Antenne... M. 17.50

Kinzel & Mitschke

Ziegelstraße 25, 15 1923
Wiederverkäufer Sonderpreis - Rabatte

Wenn Sie rechnen müssen dann versuchen Sie bei Ihren Einkäufen zu sparen.

Im Einkauf liegt der Verdienst!

Unter Gewähr für Wollen-Einkauf und Wollen-Verkauf eingerichtet.

Unsere Preise sind außerordentlich niedrig! Wenn Sie einkaufen brauchen, versuchen Sie es einmal bei uns.

Oestreich's Schuhhäuser

Jahnstraße 5, am Wettiner-Platz
und Königsbrücker Straße 3b, am Albertplatz.

„Zum Radeberger“

Brauerei-Ausschank

Kreuzstraße 21, gegenüber dem Ratskeller

Künstlerisch vollkommen neu ausgestattet

Eröffnung: Sonnabend den 14. Februar, nachm. 6 Uhr

Erstklassiges Bier- und Spiseloal

mit **Hamburger Küche** und **kalttem Büfett**

Um günstigen Zuspruch bitten **Hans Waap und Frau.**

Theater am Wasaplatz

Königshof
Alltäglich 8¹/₄ Uhr:

Hinkemann

Eine Tragödie von Ernst Toller

Gasthaus zum Städtischen Vieh- und Schlachthof

Jeden Freitag:
die rühmlichst bekannten **Schlachtfeste**
II. Spezialitäten. — Abends von 7 Uhr an das beliebte
Familienkränzchen
— Sonntags, nachmittags 4 Uhr: **Kaffee-Konzert**

Volkswohl-Theater

Ostra-Allee
Eing. Trabanten-gasse.

Ab Donnerstag den 12. Februar
Das unschlagbare Doppelprogramm
... Die sich verkaufen

Moderner Sittenfilm in 6 Akten.
Außerdem:
Wie sag' ich's meinem Kinde?
Sexual-wissenschaftlicher Aufklärungsfilm.
Dazu:
Ein tolles Lustspiel

Für Jugendliche streng verboten!

Beginn: Wochentags 6, 7, 7, 8 Uhr. Sonntags 8, 5, 7, 7, 8 Uhr

Westend-Theater Dresden-Löbtau

Kesselsdorfer Straße 20

Ab Freitag den 13. Februar
Jackie Coogan

in
Oliver Twist

Drama in 6 Akten
„Chaplin solo allein“

Herrliches Lustspiel
Straßenbahnverbindung: 7, 20, 22



**Vergessen Sie nicht Ihre
Frühjahrs-Blutreinigungskur**
mit **Klopperbeins Wacholderessenz**
Blutschwäche, Bluterne, Gichtiker, Rheumaliker, an
Wassersucht Leidende wissen eine solche Kur sehr zu
schätzen, da Wacholderessenz insbesondere auf die
Ausscheidungsorgane günstig einwirkt.

Wacholderessenz ist seit alters her eine Spezialität der
Pflanz- und ist zu haben in Packungen zu 1,20, 2,50, 4,--
Klopperbeins Casualreinigungskuren von prompter
und anerkannter Wirkung. Paket 2,50, 5,00.

Klopperbeins Wacholderessenz, Karton 6,75.
Drogenhaus Klopperbein & Dre don-A.
Friedrichstraße 9 — Gegründet 1797
Prompter Versand nach auswärts.

Sonder- Angebot!

Herren- Oberhemden

aus vorzügl. Perkal, moderne Streifen, mit
zwei weichen Kragen oder mit gefüht. Falten-
brust, einem weichen und einem steifen Kragen;
alle Halsweiten vorrätig

Stück	4 ⁹⁵	Stück	4 ⁹⁵



Achtung!

Nur noch 5 billige Tage!

Herren-Stoff	100 cm breit . . . Meter	2.50
1 Inlett	Feinwebbreite, feberdicht, 3 Meter lang . . .	8.00
Einon-Bezug	mit Rippen, in Ware	7.50
Winter-Bezug	in schillernde Ware	7.25
Damast-Zihschleide	mit Servietten alles nur in Ware	5.50

sowie Tassen, Kessel, Schürsen, Handtücher,
Stufenlammel, Bordent usw.
faulen Sie am billigsten bei

Textilverkauf Brand
Dresden, Gumboldtstraße 1, II.
Zahlungsbefreiung gestattet.

Frühes Hirschwild

Stück, ohne Knochen 2.25
Stück, sehr zart 1.80
Stück, zum Braten 1.20
Koch- und Bratfleisch 0.80

Geteilte Gänse

halbe Gänse Stück 4.00
Doppel Gänse Stück 5.00

Gänse und Hasenfleisch
wird angenommen.

Franz Bäumer
An der Dreikönigsstraße 3
Bismarckstr. 14/15

7/8 bis nach 10 Uhr
Telephon: 14380

Tymians Halla-Theater

der neue glänzende
Karnevals-Spielplan
Der kranke Leopold
Wieder ein Tymian-Original
Es wird nicht gelacht, man
heult vor Vergnügen.
Dazu herrl. lebend. Lied:
„Großvaters Liebling“
Künstlerische Ausstattung und jede
Solonummer ein Schöner. 1123
Vorverk.: Kl. Preise 10 bis 2 u. ab 6 Uhr.
Alle Geva- und Vorzugskarten sind gültig.

Dornbühl-Schänke

Schönauer, alte Dornbühlstraße
Freitag, Sonnabend und Sonntag
Musikalische Unterhaltung
Karlshaus Sonnabends noch frei!

Watzkes Tanz-Palast

Freitag und Sonntag
Große Ballfeste
Kleiner Eintritt! — Bänder! — Marken!

DAS FEST DER NACHT IM FAUN PALAST



DRESDENS Größter Maskenball!

13. Februar — Freitags-
Karten zu haben: Invalidendank, Johannstraße
Fa. Otto Buchholz, Johannstraße 13.
Fa. Franz Stiegler, Leipziger Straße 65.
Herrn 3 M., Damen 2 M. inkl. Steuer.
Lagen- und Tischbestellungen rechtzeitig erheben.
Telephon 13.374.

Maskenkostüme

Verleih, Verkauf und Mahanfertigung
Nur neue Kostüme! H. Splitzhofer, Breite Str. 22, II.

Mitteldeutscher Radiogroßvertrieb Fritz Panier

Dresden, Markstraße 6, a. Bahnhof Wettinstraße.
Über unsere billigen Preise
spezial und smart ganz Dresden.

Durch Großverkauf, aber lieblichen Aussehen haben
wir in der Lage, sämtliche Radio-Artikel zu
äußerst billigen Preisen abzugeben.

Wahlapparate von 3,-- an
Drehmaschinen, erhell. Aufnahmegeräte, 20 2.50
Sprechmaschinen, hochmodern, 12, 20
Reise der Gegenwart 1,--
Kathodentube 4,--

Spezialität: **Unser Amselebrer**
konstruiert mit jedem Quarzbrille, Preis 10,--
Enkapsulation des Radios in leichten Deschichten.
Drehhilfe wird wiederum tollentz gemacht.
Wiederholer, seriell, 2,50 u. 4,00.

Dr. Bühlan **Wettin**
Wettin, Markstraße 6, a. Bahnhof Wettinstraße.
Telephon 13.374.